

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 60, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.80. Monatlich 57 Pf. Postgebühren für Nr. 419 u. s. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 15 Pf., für Beramntungs-, Anzei- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., anderwärts 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 89.

Sonntag, den 16. April 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage und „Die neue Welt“.

## Zur Geschichte des deutschen Zucker = Kartells.

L. V. Nach einer Vorbereitungsarbeit von annähernd drei Jahren scheint nunmehr ein deutsches Zuckerkartell zu Stande kommen zu sollen. Schon wiederholt hat man je nach dem Standpunkt des Beurtheilers das Eintreten dieses Ereignisses gehofft oder befürchtet. Immer aber ist bisher die Bildung des Kartells entweder an inneren Schwierigkeiten oder an äußeren Umständen gescheitert. Nun sind aber — wie ganz besonders aus den Verhandlungen des Sächsisch-Thüringischen Zweigvereins der deutschen Zuckerindustrie hervorgeht — die Verträge, durch die das deutsche Zuckerkartell zur Wirklichkeit werden soll, seitens des engeren Ausschusses des deutschen Zucker-Syndikats und des Ausschusses deutscher Zuckerraffinerien in allen Einzelheiten festgestellt und endgiltig formuliert und harren nur noch der Zustimmung seitens der Zuckerraffinerien.

Die weit aussehenden Pläne, die ein Theil der Zuckerinteressenten noch im Jahre 1896 gezeugt hatte, sind bei der nunmehrigen Organisation des Zuckerkartells freilich weit zurückgedrängt worden. Damals steuerte der Verein der Rohzuckerfabrikanten darauf los, in Verbindung mit den russischen und österreichischen Zuckerfabriken den Weltmarktpreis zu regulieren, man betrieb die Bildung eines internationalen Kartells. Dieser Gedanke wurde jedoch bald fallen gelassen; jedes Zuckerindustrieland ging auf eigene Faust vor. Sowohl Oesterreich-Ungarn wie Rußland haben in der Zwischenzeit ihr Zucker-Syndikat erhalten.

Unabhängig von dem damaligen internationalen Projekte tauchte in den Kreisen der Zuckerraffinerien schon gleich der Plan eines ausschließlich deutschen Zucker-Syndikats zur Regelung des Zuckerpreises für Konsumzucker auf. Zwanzig Direktoren der größten Zuckerfabriken erließen in diesem Sinne in der zweiten Hälfte des Jahres 1896 einen Aufruf für einen Inlandszuckerzweig. Dieser sollte nur von den Zuckerraffinerien, und zwar denjenigen, die den Konsumzucker für den inländischen Gebrauch herstellen, gebildet werden. Die Rohzuckerfabrikanten sollten sich dagegen verpflichten, ihre Produkte, soweit sie dem Konsum des Inlandes zugeführt werden sollten, ausschließlich an den Ring zu verkaufen. Im Uebrigen sollten die Rohzuckerfabrikanten weder im Verkauf, noch im Betriebe, noch in der Disposition ihrer Geschäftsführung beschränkt werden. Jede Fabrik sollte ihren Antheil am Inlandskonsum durch das Syndikat verkaufen lassen, während sie bezüglich des Exportes volle Freiheit behalten sollte. Das Syndikat sollte am 1. August 1897 in Kraft treten. Die Finanzierung wollte die Deutsche Bank übernehmen.

Dieses Projekt scheiterte s. B., weil die Interessenten nicht so zahlreich beitraten, um mindestens 99 pCt. des gesamten Kontingents im Syndikat zu vereinigen. Von 399 Rohzuckerfabriken hatten vielmehr nur 101 Firmen ihre volle Zustimmung ertheilt. Von den übrigen 298 Fabriken hatten 157 nur „im Prinzip“ sich für das Syndikat erklärt und zwar einzig und allein, um den Exportzucker verbilligen zu können. Der tiefere Grund für das Scheitern des damaligen Syndikatprojektes lag wohl an der Konkurrenz der Rübenzuckerfabrikanten mit den Raffineries. Keiner der beiden Theile wollte sich vom andern über's Ohr hauen lassen, und einen für beide Theile gangbaren Weg konnten die damaligen Entrepreneure nicht ausfinden. Gleichwohl gaben die engeren Interessenten eines Syndikats ihre Bemühungen nicht auf. Schon Ende Januar 1897 hatten Vertreter der deutschen Rübenzuckervereine und des deutschen Raffinerievereins in Berlin eine Zusammenkunft, um über eine Verschmelzung der genannten Verbände zu berathen. — Nach längeren Verhandlungen einigte man sich dahin, daß eine Verschmelzung beider Vereine in einen einzigen mit zwei Abtheilungen — einer Rübenzuckerabtheilung und einer Raffinerieabtheilung — stattfinden sollte. Einer von diesen beiden Abtheilungen müsse jede deutsche Zuckerfabrik angehören.

Noch ehe diese Verschmelzung so weit vorbereitet war, daß die endgiltige Beschlußfassung der beiderseitigen

Generalversammlung über den Plan erfolgen konnte, bildete sich in Magdeburg das deutsche Zucker-Syndikat. Der Zweck dieses Unternehmens ging dahin, den Absatz der Erzeugnisse der deutschen Rübenzuckerindustrie zu regeln, sowie diejenigen Einrichtungen und Maßnahmen zu treffen, die einer Entwerthung der Produkte vorbeugen könnten. Dieses deutsche Zucker-Syndikat tritt unaufhörlich zur Vereinigung sämtlicher Zuckerinteressenten unter einen Hut. Dem Zucker-Syndikat gelang es fast noch im Jahre 1897, das angestrebte Zuckerkartell zu Stande zu bringen. Es mag zu diesem Resultat in der Hauptsache die damalige prekäre Lage der deutschen Zuckerindustrie mitgewirkt haben. Kurz zuvor war der Differenzialzoll der Vereinigten Staaten in Kraft getreten, von dessen Wirkung man einen Ausschluß sämtlichen deutschen Zuckers von Nordamerika befürchtete. Es kam hinzu, daß die französische Zuckerindustrie durch erhöhte Prämien einen neuen Ansporn zu vermehrter Ausfuhr erhielt. Vom 1. September 1897 wurden die neuen französischen Zuckerprämien, die bis dahin nur zur Hälfte gezahlt wurden, in voller Höhe gegeben. Nicht ohne Einfluß war endlich auch die Wirksamkeit des österreichisch-ungarischen Zuckerkartells, von dem eine starke Konkurrenz für die deutsche Zuckerindustrie ausging.

Unter diesen Umständen hatte das deutsche Zucker-Syndikat leichtere Arbeit. Ganz im Stillen wurden Verhandlungen wegen des Abschlusses eines deutschen Zuckerkartells in die Wege geleitet; es kam zu Berathungen zwischen der Zuckerindustrie des Ostens, des Nordens, des Westens und der mittleren Provinzen Deutschlands. Uebereinstimmend wurde in diesen kleineren Vorparlamenten dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß ein Zusammenschluß der Fabriken zur Erzielung eines höheren Inlandspreises angestrebt werden sollte. Indessen entstanden auch damals noch in letzter Stunde unvorhergesehene Schwierigkeiten. Große Gegenläufe zwischen den Forderungen der Raffinerien und denen der durch das deutsche Zucker-Syndikat vertretenen Rohzuckerfabriken bewirkten vielmehr, daß die Verhandlungen im November 1897 auf unbestimmte Zeit vertagt wurden. Die Zuckerraffinerien arbeiteten eben noch immer mit einem solchen Nutzen, daß sie gar nicht nöthig hatten, sich von dem Zucker-Syndikat, das die Rohzuckerfabriken vertrat, trennen zu lassen. Sollte überhaupt ein Zuckerkartell zu Stande kommen, so mußte man in hohem Grade den Forderungen der Zuckerraffinerien entgegenkommen.

Wenn wir nun den heute zum Abschluß vorliegenden Vertrag, auf Grund dessen ein deutsches Zuckerkartell zu Stande kommen soll, ansehen, so ergibt sich, daß in der That den Forderungen der Zuckerraffinerien im weitesten Maße Rechnung getragen ist, daß der jähe Widerstand der Raffinerien gegen alle bisherigen Kartellversuche nicht umsonst gewesen ist, sondern mit ihrem Siege geendet hat. Obwohl die Verträge im Einzelnen noch nicht bekannt sind, so ist doch das Fachblatt „Die deutsche Zuckerindustrie“ in der Lage, die Tendenz der Verträge wiederzugeben. Danach soll das Kartell keine Verkaufsorganisation sein, vielmehr sollen, wie nach dem ersten Plane der Raffineries von 1896, die Fabriken völlig freie Hand bezüglich ihres Zuckerverkaufs behalten. Es soll lediglich eine Normirung der Preise der für den inländischen Verbrauch bestimmten Raffinaden stattfinden. Der Antheil der Rohzuckerfabriken an dem Kartellnutzen, der in dem Unterschied zwischen dem „Inlandsnormalpreis“ und dem jeweiligen monatlichen Durchschnittspreis der Magdeburger Börse besteht, wird durch das zu bildende Raffinerie-Syndikat an das deutsche Zucker-Syndikat abgeführt und zwar von jedem Zentner Zucker, der in den inländischen Konsum übergeht. Das Rohzucker-Syndikat vertheilt diese Beträge nach bestimmter Norm unter die Rohzuckerfabriken und Weißzuckerfabriken. Es handelt sich nicht um eine Regelung des Zuckerverkaufs selbst. Der Zuckerhandel erfährt vorläufig durch das Kartell überhaupt keine Veränderung. Den Nutzen, den die Rohzuckerfabriken aus dem Kartell erhalten, werden diese also nicht beim Verkauf ihres Zuckers, sondern durch eine auf Grund der jeweiligen Weltmarktpreise berechnete Beteiligung an dem Kartellnutzen der Raffinerien empfangen, wie es beim österreichischen Zuckerkartell schon heute der Fall ist. Die Wirkung des neuen Kartells läuft also darauf hinaus, daß seitens des Raffinerie-Syndikats der Preis für den Inlandszucker einheitlich normirt wird, daß ferner das Syndikat sich verpflichtet, den zum Kartell

gehörenden Rohzuckerfabriken den für den Inlandsverbrauch benötigten Rohzucker zu einem bestimmten Preise, der höher ist als der Weltmarktpreis am Jahreschluß zu verrechnen. Die Differenz zwischen Weltmarktpreis und dem Inlandsnormalpreis, zu dem das Raffinerie-Syndikat den deutschen Rohzuckerfabriken den für den Inlandsverbrauch benötigten Rohzucker verrechnet, bildet den Nutzen für die Rohzuckerfabriken und wird direkt dem inländischen Konsumenten aufgebürdet.

Ob auf dieser Grundlage das Zuckerkartell diesmal wirklich zu Stande kommen wird, wollen wir bestimmt nicht voraussagen, wahrscheinlich ist es. Die deutsche Zuckerindustrie hegt die begründete Hoffnung, daß die vom Ausschuss des deutschen Zucker-Syndikats und dem Ausschuss deutscher Zuckerraffinerien ausgearbeiteten Verträge von der Generalversammlung des Syndikats deutscher Zuckerraffinerien angenommen würden. Nach Annahme des Vertrags würde dann Veranlassung gegeben sein, auf die wirtschaftliche Bedeutung des deutschen Zuckerkartells näher einzugehen.

## Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 14. April 1899.

Der Reichstag hatte heute wieder einmal wenigstens einen halben großen Tag. Die Interpellation über die Vorgänge in Samoa hatte Tribüne und Sitzungssaal gefüllt. Mit Spannung sah man der Beantwortung der Interpellation durch den Staatssekretär von Bülow entgegen. Die Samoa-Interpellation hatte bekanntlich zunächst einen weniger zurückhaltenden Wortlaut, später erst ist der heute zur Verhandlung gestellte Text zwischen den Majoritätsparteien und den Ministern vereinbart worden. Mit Ausnahme unserer Genossen hatten alle Führer der größeren Parteien die Interpellation unterschrieben. Die Sozialdemokraten hatten in der richtigen Voraussicht, daß die Interpellation von dem Interpellanten Dr. Vehr zu Reklamezwecken für die lächerlichen Bestrebungen des Alldeutschen Verbandes benutzt werden würde, ihre Unterschrift verweigert. Thatsächlich beschränkte sich dieser charakteristische nationalliberale Abgeordnete nicht auf eine scharfe Anfrage nach dem Stand der Dinge auf Samoa, sondern trieb dabei allerhand groben Unfug. Sein deutsch-nationales Herz blutete ob der Schmach, die Deutschland vor Samoa erlitten hat. Zwar war er so gütig, die sofortige Kriegserklärung Deutschlands an England und Amerika für noch nicht nöthig zu bezeichnen. Dafür verlangte er aber nichts weniger, als einen Bollkrieg mit den Vereinigten Staaten. Auf der Rechten wurden lebhaft Bravorufe laut. Viel weniger begeistert aber schienen man unter den engeren nationalliberalen Parteifreunden des Redners zu sein. Herr von Bülow gab dem Herrn Dr. Vehr in einem kurzen Satz deutlich zu verstehen, daß er diese Art der Behandlung schwebender Fragen nicht mitmachen könne. Dann legte er durchaus korrekt den Standpunkt Deutschlands dar, ohne unnöthige Schärfe. Bei dem Zickzack- und Plöblichkeitskurse, der bei uns jetzt leider im allgemeinen gepflegt wird, muß diese ruhige und korrekte Haltung des Ministers sehr Wunder nehmen. Auf die Besprechung der Interpellation wurde nach dieser Erklärung des Staatssekretärs allseitig verzichtet.

Dafür versicherten die Führer aller Fraktionen, die die Interpellation unterzeichnet hatten, daß sie mit den chauvinistischen Phrasen des Herrn Dr. Vehr nichts zu thun haben wollten. Eine solche parlamentarische Blamage, wie sie heute der Wortführer des Alldeutschen Verbandes erlitt, ist wohl noch selten einem Reichstagsredner zu Theil geworden. Auch Fürst Herbert Bismarck, der ja bei den letzten Streitigkeiten in Samoa eine nicht besonders glückliche Rolle gespielt hat, fühlte sich verpflichtet, seinen Amtsnachfolger zu verteidigen und protestirte gegen die unbismarck'sche Verquickung der Politik und der wirtschaftlichen Maßnahmen, die Dr. Vehr predigte. Die nationalliberale Parteileitung allein fand nicht den Muth, gegen die Seitensprünge ihres Fraktionsgenossen aufzutreten. Mit der Erledigung der Samoa-Interpellation war das Interesse an den weiteren Verhandlungen erschöpft. Das Haus leerte sich im Handumdrehen, und die nun folgende Berathung der Postgesetze vollzog sich vor leeren Bänken. Die Berathung der Fernspreckgebührenordnung wurde zu Ende geführt und an dieselbe Kommission verwiesen, welcher schon die erste Postreform-Vorlage vorliegt.

Schließlich wurde noch die erste Lesung des dritten Postgesetzes der Telegraphenwegordnung in Angriff genommen. Der freisinnige Abg. Benzmann übte an dieser Vorlage scharfe Kritik. Er findet auch in ihr die fiskalische Tendenz der übrigen Vorlagen und ist besonders bedenklich gegen die Bestimmungen, welche die Eigentumsrechte der in Frage kommenden Grundbesitzer berühren. Morgen soll die Beratung zu Ende geführt werden. Außerdem steht das Fleischbeschaugesetz auch auf der Tagesordnung.

65. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten v. Bismarck, v. der Rede, Leipzig, v. Posadowsky, Lieberding.  
Auf der Tagesordnung steht zunächst die folgende Interpellation der Abg. Dr. Lehmann (N.), Dr. v. Lenz (N.), Richter (Frl. Wg.), Dr. Schöbler (F.), Graf v. Arnim (N.) und Schmidt-Eberfeld (Frl. Wg.) und Genossen: Ist der Herr Reichskanzler bereit, über die Vorgänge vor und auf Samoa, sowie über die von der Regierung getroffenen und beabsichtigten Maßnahmen Auskunft zu geben.

Dr. Lehmann (N.): Eine schmerzlichere Erregung ist wohl selten durch die deutsche Lande gegangen, als die Nachricht von der Besetzung Apia durch englische und amerikanische Schiffe. Wir sind dem Herrn Staatssekretär zu Dank verpflichtet, daß er sich bereit erklärt hat, uns Auskunft darüber zu geben, was an den Vorläufen wirklich wahr ist. Wir glauben, daß weder der amerikanische Oberbefehlshaber noch die in die Verwaltung einzugeweihten, noch daß die Besetzung Apia berechtigt war. Sie bedeutet geradezu einen Kontraktbruch. Ich möchte übrigens betonen, daß Niemand von uns daran denkt, England oder Amerika den Krieg zu erklären. (Lachen links.) Daß aber dem bewundernswürdigen nationalen Egoismus Englands gegenüber eine Politik notwendig ist, die unsere Interessen wahrnimmt. Aus den Umständen auf Samoa geht für uns auch hervor, daß Deutschland zur See stark sein muß (Vgl. links! Bravo rechts) und wir können uns freuen, daß wir durch die Annahme der vorjährigen Flottenvorlage auf dem Wege dazu sind. Die einzige Mißschance bei Einbringung unserer Interpellation war die Wahrung der nationalen Interessen. (Webhafter Beifall rechts, anhaltendes Rischen links.)

Staatssekretär des Auswärtigen v. Bismarck: Ich bin gern bereit, mich über eine Angelegenheit auszusprechen, die die öffentliche Meinung lebhaft beschäftigt und die für die Regierung ein Gegenstand erster Aufmerksamkeit ist. Auf der einen Seite werden Sie es verstehen und ich denke auch der Vorredner wird es verstehen, (Mise links: laum!) wenn ich in meiner amtlichen und verantwortlichen Stellung nicht Dinge sagen kann, welche eine friedliche Beilegung der entstandenen Schwierigkeiten in Frage stellen könnten. (Sehr richtig, links.) Ueber die Vorgeschichte der jüngsten Wirren auf Samoa habe ich mich in der Budget-Kommission ausgesprochen und namentlich darauf hingewiesen, wie es seit dem Inkrafttreten der Samoaakte weder an Unruhen, noch an Reibereien zwischen den Vertretern der drei beteiligten Regierungen geschieht hat. Was unser Verhalten gegenüber diesen Verwicklungen angeht, so kann ich dasselbe zusammenfassen in dem einfachen Satz: „Festhalten an der durch die Samoaakte gegebenen Rechtslage, so lange diese nicht durch übereinstimmenden Beschluß der unterzeichneten Mächte modifiziert ist.“ Also Achtung der andern auf Grund dieser Akte zustehenden Rechte, aber auch volle und unbedingte Aufrechterhaltung unserer eigenen deutschen Rechte. (Beifall.) Im Interesse der Ruhe auf Samoa wie im Interesse ruhiger Beziehungen zwischen den beteiligten Regierungen will ich es an und für sich nicht ablehnen, wenn die mehr und mehr unzureichend gewordene Samoaakte ersetzt werden könnte durch eine der gegenwärtigen Situation besser entsprechende Neuregelung. In diesem Sinne haben seiner Zeit im Hinblick auf die mannigfachen Unzulänglichkeiten der Dreiherrschaft wir gesagt, wir wären gewillt, in eine reinliche Scheidung zu willigen. Da sich aber die gegenwärtigen Machtverhältnisse für die anderen Mächte ebenso sichtbar machen, wie sie uns, so haben wir keine Veranlassung und auch kein Bedürfnis, in dieser Richtung mit eigener Initiative hervorzutreten. Und da die Samoa-Akte zu Recht besteht, muß dieselbe von allen Beteiligten loyal dem Buchstaben und Geist nach gehalten werden. Es dürfen danach auf Samoa nur solche Entscheidungen getroffen werden, welche auf einstimmigen Beschlüssen der drei Regierungen beruhen. Wir haben deshalb von vornherein in London und Washington keinen Zweifel daran gelassen, daß wir Veränderungen auf Samoa, denen wir unsere Zustimmung nicht geben haben, als rechtsunverbindlich betrachten müssen. Wir können nicht zugeben, daß in Widerspruch mit dem Vertragsrecht ohne uns oder gar gegen uns Veränderungen vorgenommen würden. Dieses Prinzip der Einstimmigkeit ist zuerst von Amerika und schließlich auch von England angenommen worden. Ein anderer leitender Gesichtspunkt war, uns von den Streitigkeiten der eingeborenen Hauptlinge fernzuhalten. Den verschiedenen Thronkandidaten auf Samoa stehen wir an und für sich ohne Partei gegenüber. Wenn aber die provisorische Regierung Mataafa durch alle drei Konsuln anerkannt war, mußte sie unserem Konsul so lange als gültig erscheinen, bis durch einstimmigen Beschluß eine neue Regierung eingesetzt war. Schon weil wir uns territorialen Vorgängen auf Samoa gegenüber neutral verhalten, haben wir das englische und amerikanische Angreifen weder mitgemacht noch gebilligt. Ueber den letzten Angriff liegen bisher nur lüdenhafte, verflümmelte Telegramme unseres Konsuls und mehr oder weniger glänzende Berichte ausländischer Telegraphen-Agenturen vor, so daß ein abschließendes Urteil nicht möglich ist. Ueber einen Konflikt zwischen dem amerikanischen Admiral und dem Kommandeur des „Falk“ ist uns nicht das Mindeste bekannt (Hört, hört! links), und ich halte in Uebereinstimmung mit dem Staatssekretär des Marineamts einen solchen Konflikt für vollständig unbegründet. Ich bin überzeugt, daß der Fakt und das Selbstgefühl unserer Seesoldaten ebenso über allen Zweifel erhaben ist wie die Mannszucht der Leute. Was die Verhaftung des Herrn Hufnagel angeht, des Leiters der Bilanzung Baileys, so haben wir die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf diesen Vorfall gelenkt und der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben, daß unser Landsmann kein Leid geschehe, sofern derselbe, was wir bestimmt annehmen, unschuldig sein sollte. Durch diese Vorgänge kann der Regelung der Verhältnisse nicht präjudiziert werden; sie kann nur erfolgen durch Vereinbarung zwischen den drei Kabinetten. Wir haben die Einsetzung einer Spezialkommission in Vorschlag gebracht und für ihre Beschlüsse Einstimmigkeit gefordert und nach Ueberwindung nicht unerheblicher Schwierigkeiten auch durchgeführt. (Beifall.) Ich freue mich mitteilen zu können, daß die englische Regierung durch ihren hiesigen Botschafter mir nunmehr amtlich erklärt hat, die englische Regierung acceptire die Vorschläge der deutschen Regierung hinsichtlich der Behandlungsweise und Funktionen der Spezialkommission. Ihre Befugnisse und Funktionen kann ich in kurzen wie folgt zusammenfassen: „Die Kommission wird die provisorische Regierungsgewalt über die Samoa-Inseln übernehmen. Zu diesem Zweck soll die Kommission die höchste Amtsgewalt übernehmen. Alle und jede andere Amtspersonen derselben haben den Befehl der Kommission zu gehorchen. Und die drei Mächte werden ihre konsularischen und Marinevertreter entsprechend anweisen, keine Maßnahme, welche von den Kommissaren getroffen wird, soll rechtsgültig sein, wenn nicht alle drei der Maßnahme zustimmen. Es gehört zu ihren Aufgaben, zu erwägen, welche Bestimmungen sie über die künftige Landesregierung, oder Abänderung der Berliner Schlussakte für notwendig erachten und ihren Regierungen darüber zu berichten.“ Wir geben uns der Hoffnung hin, daß es der Spezialkommission gelingen wird, zu einer rechtlichen, billigen und für alle Theile annehmbaren Regelung der Verhältnisse auf

Samoa zu gelangen. Wir werden nur solchen Beschlüssen unsere Zustimmung geben, durch welche die klaren deutschen Rechte und die gewichtigen deutschen Interessen auf Samoa nicht beeinträchtigt werden. In einem Teil der ausländischen Presse ist darauf hingewiesen worden, daß der Werth von Samoa nicht im Verhältnis siehe zur Bedeutung der Inselgruppe für die internationale Politik und die internationalen Beziehungen. Wir Deutschen sind davon durchdrungen, daß wegen der Inselgruppe, auf der sich kaum 500 Europäer befinden, zwischen drei großen und gesitteten christlichen Völkern ein Krieg zu entfesseln im höchsten Grade nutzlos sein würde. (Beifall.) Man darf aber nicht vergessen, einmal, daß wir die Pflicht haben, Handel und Wandel, Eigentum und Erwerb unserer Landsleute auf Samoa zu schützen, und zweitens, daß wir dort vertragmäßige Rechte besitzen, deren Aufrechterhaltung das deutsche Volk als eine nationale Ehrensache empfindet. (Beifall.) Wir werden nicht mehr verlangen, als uns vertragsmäßig zusteht. Diese unsere vertragmäßigen Rechte aber dürfen und werden wir uns nicht verkürzen lassen. (Webhafter Beifall.)

Müller (Frl. Wg.): Nach der Erklärung des Herrn Staatssekretärs sehe ich mich nicht veranlaßt, eine Besprechung der Interpellation zu beantragen. Hätten wir übrigens gewünscht, daß der Interpellant die Gelegenheit benutzte, um hier den speziellen Hauptantrag des Adressatenverbandes zum Ausdruck zu bringen, so hätten wir die Unterschrift der Interpellation verweigert (Bravo! links.)

Dr. Lieber (F.): Meine politischen Freunde verzählten aus Vaterlandsliebe ebenfalls auf eine Besprechung der Interpellation in diesem Augenblick. Was Herr Müller über die Begründung sagte, war selbstverständlich. Für die Worte der Begründung wird man durch die Unterzeichnung einer Interpellation nicht verantwortlich.

Müller (Frl. Wg.): verwehrt sich ebenfalls gegen die Annahme, seine Freunde hätten mit den Ausführungen des Interpellanten einverstanden sein (Beifall) und hält ebenfalls eine Besprechung für nicht angebracht.

v. Lenz (N.), Graf Arnim (N.) und Graf Bismarck äußern sich in demselben Sinne.

Lieber (F.): Auch ich habe zu erklären, daß die Darlegung des Herrn Staatssekretärs es nach unserer Ansicht unmöglich machen, in diesem Augenblick in eine Diskussion einzutreten. Die Darlegungen waren durchaus korrekt. Bedauern muß ich allerdings, daß wir gegen die Begründung der Interpellation hier nicht ausführlich protestieren können. Eine Samoa-Frage erkenne ich viel weniger an als Sie (nach rechts). Wohl aber gibt es eine Samoa-Frage, die der Vorkommnisse auf Samoa systematisch ausbeutet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Unruhe rechts. Webhafter Beifall: Zur Geschäftsordnung!) Wir haben ja gesehen, welchem Zweck die Interpellation dienen soll. Man will einen Postkrieg mit Amerika vom Jahr brechen, damit die Agrarier ihre Schäfchen scheren können. (Webhafter Beifall: Zur Geschäftsordnung! Mude des Präsidenten.)

Präsident Graf v. Helldorf: Ich bitte die Herren, mir die Leitung der Geschäfte zu überlassen. (Sehr gut! links.)

Lieber (F.): (fortfahrend) Wir sind ebenfalls der Meinung, daß eine Besprechung jetzt nicht statzufinden hat (Bravo! v. d. So!).

Es folgt die Weiterberatung der neuen Fernsprechgesetzordnung.

Hesse (N.) erklärt sich gegen die zu weit gehende Differenzierung der Fernsprechgebühren. Auch er hält es nicht für richtig, daß alle Ausgaben für Erweiterung des Betriebes an dem Betriebe selbst bestritten werden, daß also die Verbilligung für das Land durch eine Vertheuerung für die großen Städte getragen werden soll. Redner beantragt die Ueberweisung derselben an die Postkommission.

Dertel (N.) polemisiert gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Singer. Er tritt für die Interessen des platten Landes ein und erklärt, das Gesetz sei nur als eine Abschlagszahlung an dasselbe zu betrachten.

Dasbach (C.) findet, daß die diskretionäre Vollmacht, die der Reichskanzler in der Vorlage erhält, viel zu weitgehend sei. Staatssekretär von Podbielski stellt eine bedeutende Vermehrung der öffentlichen Fernsprechstellen im Lande in Aussicht. Ullrich (Frl. Wg.) meint, die Kommission werde untersuchen müssen, ob für Teilnehmer, die den Apparat nur wenig brauchen, nicht eine geringere Grundgebühr festzusetzen sei.

Graf v. Helldorf: (Lautenburger (N.)) erklärt sich mit dem Grundgedanken der Vorlage einverstanden. Nur der Erhöhung der Telegraphengebühren für Berlin würde er sehr ungerne zustimmen.

Dasbach (C.) meint, der ganze Tarif könne nur ein Provisorium darstellen bis zur Erfindung eines Gebührenzählwerks. Staatssekretär von Podbielski konstatirt, daß in Amerika der automatische Betrieb bereits eingeführt, aber von Ersparrungen nichts zu merken sei. Solche Apparate funktionierten auch nicht immer. Man muß also zunächst abwarten, wie die Sache in der Praxis ausfallen wird.

Damit wird die Diskussion geschlossen. Die Vorlage wird an die Kommission überwiesen, an die die Postnovelle überwiesen war. Es folgt die erste Lesung des Telegraphenweggesetzes.

Staatssekretär von Podbielski: Der Entwurf steht in erster Linie die gültige Einigung mit allen in Betracht kommenden Körperschaften und Eigentümern voraus. Ich habe mich bemüht, eine angemessene Auseinandersetzung zwischen den streitigen Elementen herbeizuführen. Eine baldige Verabschiedung der Vorlage liegt im Interesse der Telegraphenverwaltung, da sonst die Ausbreitung des Telephonnetzes nicht möglich ist. Ich bitte Sie, die Vorlage möglichst in dieser Session noch anzunehmen.

Lenzmann (Frl. Wg.) hält dieses Gesetz für das wichtigste der drei Postgesetze, hebt aber Bedenken gegen die Vorlage wegen der großen Eingriffe in das Privateigentumsrecht, über die sich der Herr Staatssekretär mit einem großzügigen Kavalleriepsalm hinwegsetzt. (Heiterkeit.) Wenn der Staat schon gezwungen ist, Unrecht zu thun, so soll er es wenigstens voll wieder gut machen. Die Telegraphenverwaltung soll also überall, wo sie in die Rechte anderer eingreift, z. B. bei den Ansprüchen an die Straßenbewohner, auch die Kosten selbst tragen.

Staatssekretär von Podbielski meint, wenn die Post volle Entschädigung zahlen soll, dann würden die Kosten für den einzelnen Angeschlossenen noch größere werden. Und das wollen doch die Herren nicht.

Geheimrath Sydow verbreitet sich über den Begriff des öffentlichen Weges, der vor Allem für öffentliche Zwecke da.

Die Weiterberatung wird auf Sonnabend 1 Uhr vertagt (Außerdem Fleischbeschaugesetz, Novelle zur Gewerbeordnung und anderes mehr.)

Schluß 5/4 Uhr.

### Politische Rundschau. Deutschland.

Sozialdemokratie und „Sozialreformer.“ In der Sitzung unserer Reichstagsfraktion am Mittwoch brachte der Genosse Wollenkubur zur Sprache, daß er eine gedruckte Zuspätschickung erhalten habe, die unter anderem von den Herren v. Berlepsch, Brentano, Bücher, Freund, Hize, Köstke, v. Rottenburg, Schmoller, Sombart, Wagner unterzeichnet sei, in welcher er eingeladen werde, an einer in Berlin stattfindenden Konferenz theilzunehmen, die sich mit der Gründung einer internationalen Gesellschaft für den Fortschritt der

Arbeiterschutzes, deren Gründung von Brüssel angeregt worden sei, beschäftigen solle. Er (Wollenkubur) wolle aber die Angelegenheit der Fraktion unterbreiten, um zu hören, ob dieselbe seine Theilnahme billige. Auch sei ihm mitgeteilt worden, daß noch einzelne Genossen in der Fraktion und außerhalb derselben Einladungen erhalten hätten. Man habe also eine Art Auswahl unter den Parteigenossen getroffen, statt sich an die Theilnahme oder die Fraktion zu wenden, das habe bei ihm den Eindruck erweckt, als glaube man, die Partei bzw. die Fraktion sei in der Frage des Arbeiterschutzes gespalten. Abgesehen hiervon, könne er sich aber auch von dem Projekt keinen besonderen Erfolg versprechen. An diese Ausführungen knüpfte sich eine Debatte, in der übereinstimmend hervorgehoben wurde, daß aus den von Wollenkubur angeführten Gründen sich eine Theilnahme nicht empfiehlt. Wollte man eine Theilnahme der Parteigenossen mit der Autorität, daß die Partei dahinterstehe, so hätte man sich an die Parteileitung oder die Fraktion wenden müssen. Es sei doch außer Zweifel, daß gerade die Sozialdemokratie die Anregung zur Arbeiterschutzesgesetzgebung seit mehr als 30 Jahren gegeben habe und mit Rücksicht auf die Sozialdemokratie diese vornehmlich hervorgerufen worden sei. 1890/91 hätten vorzugsweise die Mitglieder der Fraktion in der Gewerbeordnungs-Kommission es durchgeführt, daß in der ersten Lesung eine Arbeit zu Stande kam, die wesentliche Fortschritte enthielt. Damals sei es aber gerade Herr v. Berlepsch gewesen, auf dessen Anregung die sogenannte Beschäftigungskommission zusammentrat, die dem Gesetzentwurf eine Gestalt gab, die unsere schärfste Opposition herausforderte. Auch habe der damalige von Herrn v. Berlepsch als Minister vertretene Entwurf bereits die schwere Verschärfung des Paragraphen 153 gehabt — 5 Jahre Gefängnis im Maximum — und die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs. Von dem ganzen Unternehmen sei in Anbetracht der meisten der beteiligten Personen kaum etwas Erspriessliches zu erwarten, dafür spreche auch der provisorische Statutenentwurf, dessen Verfasser der Herzog von Uxel und die Herren Viktor Wankel und Ernst Mahlein in Brüssel seien. Es wurde eine Reihe von Bestimmungen dieses Entwurfs zum Vortrag gebracht und kritisiert. Bei auch dieser Entwurf erst ein provisorischer, so zeige er doch den Geist, von dem ein großer Theil der Theilnehmer auf jener Konferenz befeelt sein werden. Unter solchen Umständen empfehle es sich, von einer Befolgung der Einladung abzusehen. Auch sei den Parteigenossen, die nicht Mitglieder der Fraktion seien, der Rath beizulegen zu empfehlen. In diesem Sinne wurde einstimmig beschlossen. — Dieser Beschluß der Reichstagsfraktion kann nur unsere Billigung finden. Unter solchen Umständen müßten wir mit den „Sozialreformer“ nichts gemein haben.

Meine politische Nachrichten. In der Reichstagskommission für das Invalidenversicherungsgesetz begann Donnerstag die zweite Beratung der Vorlage. §§ 1—3 wurden nach den Beschlüssen erster Lesung bestätigt. Zu § 3a wurde ein Antrag v. Salisch (konf.) angenommen, wonach ausländische Arbeiter, die nur für eine bestimmte Dauer zugelassen sind, von der Versicherungspflicht befreit werden können, daß aber die betreffenden Arbeitgeber soviel zur Klasse ihrer Versicherungsanstalt zahlen, wie sie für die Versicherung der Ausländer aus eigenen Mitteln würden entrichten müssen, wenn die Versicherungspflicht bestände. — Im Reichstage ist die offizielle Uebersicht über die Beratungsmaterialien ausgegeben worden. Danach sind 14 Vorlagen noch anzubringen, außerdem 19 Vorlagen dem Reichstage zur Kenntnisaufnahme zugegangen, 36 Initiativanträge innerhalb der ersten zehn Tage nach Eröffnung des Reichstages eingegangen, also geschäftsmäßig als gleichzeitig eingebracht anzusehen, und 9 anderweitig unerledigte Initiativanträge vorhanden. — Vom deutschen Galvanisverband sind dem Reichstage fünf Petitionen auf einmal zugegangen. Es wird gebeten um Veränderung der Gewerbeordnung, und zwar um Abänderungen im Konzessionsentziehungsverfahren, um Einschränkung der Massentonzessionen im Gast- und Schaufachgewerbe, um Beschränkung resp. Aufhebung der Konzessionsentziehungen zum Schankbetriebe an Materialwarenhändler, Krämer u. s. w. und um Herbeiführung der amtlichen Bekanntheit solcher Entscheidungen oberster Gerichtshöfe, die für den Wirtschaften von grundsätzlicher Bedeutung sind, an die ausführenden Polizei- und Steuerorgane. Ferner bittet der Verband um Herabsetzung der Fernsprechgebühren, um unentgeltlichen Anschluß der Haushalte mit der Feuerwache und um Fortfall der Gebühr bei Nichterreichung von Fernanschläüssen sowie sofortige Verrechnung der Kosten nach Beendigung eines Ferngesprächs. — Der Rath der Stadt Leipzig hat auf eine Eingabe des Schützerverbandes für Handel und Gewerbe, in der darum ersucht wird, den städtischen Lehrern und Beamten die Theilnahme an Konsumvereinen und sonstigen Wirtschaftsvereinigungen zu verbieten, den Bescheid erteilt, daß er nicht in der Lage sei, die Freiheit der Beamten in ihren Entschlüssen in der beantragten Weise zu beschränken; er könne sich zu einer Veränderung des Disziplinarrechts weder für die gegenwärtigen noch für die erst zukünftig anzustellenden Lehrer und sonstigen Beamten verstehen. — Die sozialistischen Gemeindevorstände in Gent hatten den Antrag gestellt, den städtischen Beamten und Schülern der Gemeindevorstände den ersten Mai freizugeben. Nachdem der Bürgermeister gegen den Antrag gesprochen hatte, wurde derselbe mit 21 gegen 13 Stimmen — so stark sind unsere Genossen vertreten — abgelehnt.

### Frankreich.

Die Aussagen des Senators Trarieu, welche der „Ceclair“ veröffentlicht, wengleich mit böswilligen Kommentaren, publizirte, bilden das entscheidendste Schriftstück der Revolutionsperiode, denn es ist niemand anders als der italienische Botschafter Graf Tornelli, welcher durch den Mund Trarieu's spricht. Graf Tornelli begnügt sich nicht mehr, zu erklären, der italienische und deutsche Militärattachés hätten mit Dreyfus nicht das Geringste zu thun, sondern er sagt erud heraus: Es ist Dreyfus war der Espion Schwarzkoppens. Senator Trarieu berichtet zunächst, daß er als Justizminister 1895 anlässlich der Auslieferungssache als Autor in freundschaftliche Beziehungen zu Tornelli getreten sei. Er habe sich deshalb für berechtigt gehalten, im März 1895 den italienischen Botschafter offen zu fragen, ob Dreyfus schuldig oder unschuldig sei. Graf Tornelli erwiderte: „Wir wußten, daß weder Italien noch Deutschland mit Dreyfus zu thun gehabt hat. Es war aber immerhin möglich, daß Dreyfus zu anderen Staaten, beispielsweise Oesterreich oder Rußland, in Beziehungen gestanden habe.“ Erst Ende 1896 infolge der Publikation des Facsimiles des Vorderaus

und des geheimen Aktenstückes „canaille de D.“ gelangten wir zur positiven Ueberzeugung, daß Dreyfus das Opfer eines Justizirrtums und Eberhays der wahre Schuldige sei.“ Sodann erzählte Tornielli: Als Eberhays erfuhr, daß er von der Lage der Familie Dreyfus bedroht sei, begab er sich Anfangs Oktober 1897 in die Wohnung Schwarzboppens und beschwor ihn, die Aktion der Familie Dreyfus zu verhindern, und der Letzteren anzudeuten, daß sie sich täusche. Schwarzboppens weigerte sich, einen derartigen Schritt zu thun. Eberhays zog hierauf einen Revolver und drohte, sich zu entleeren. Es gelang nur mit großer Mühe, Eberhays ohne Skandal aus der Wohnung Schwarzboppens hinauszubringen. Wenige Tage später kam Eberhays vollständig beurlaubt zu Schwarzboppens und erklärte, er habe nichts mehr zu befürchten, da höhere Offiziere ihm mitgeteilt hätten, sie würden alles anstellen, um ihn gegen die Gefahren des Prozesses zu verteidigen. Ferner erzählte Graf Tornielli: Schwarzboppens thut sich nicht erinnern, den Brief „canaille de D.“ geschrieben zu haben. Er halte es für möglich, daß der Brief eine Fälschung sei. Er wisse, daß der Direktor des französischen Nachrichtenbureaus Lemercier-Bicard seine Schritte angezeichnet nachzumachen verstanden habe. Das mit Dreyfus angezeichnete Individuum sei ein Civilist, welcher Schwarzboppens Pläne und Karten geliefert habe, die nicht vom Kriegsministerium direkt zu erhalten waren. Dieser D. war bei allen Militäraktionen unter dem konventionellen Namen Dubois bekannt. Panikardi thut sich nicht erinnern, den Brief direkt zu ihm gehabt. Wenn Schwarzboppens von Eberhays Dokumente erhielt, welche Stellen interessierten, so übermittelte er dieselben Panikardi. Dasselbe war betreffs der von genanntem Dubois herrührenden Dokumente der Fall.

Am Freitag veröffentlichte der „Figaro“ die Auslagen des Generals Boisdeffre, des Majors Vouth und Archibalds Gribelin. Boisdeffre erzählte bei seiner Vernehmung am 12. Dezember von der Entdeckung des Vorbereitens und wie der Verdacht auf Dreyfus lenkte, und erklärte, daß bei der Uebermittlung der Akten seitens des Militärkommandos von Paris von geheimen Akten, welche für Dreyfus sehr belastend seien, nicht die Rede war. Bezüglich der dem Kriegsgericht vorgelegten geheimen Akten verweigerte Boisdeffre die Auskunft. Von den Gehändelten Dreyfus' habe er am Tage der Degradation Kenntnis erhalten. Boisdeffre erzählte dann, wie Perron-Steinart zum General Mercier gegangen sei, worüber General Mercier schriftlich an ihn — Boisdeffre — berichtet habe. Wenn man über die Verhältnisse Schweigen beobachtet habe, so sei dies geschehen, weil man Verwickelungen mit einer fremden Macht vermeiden wollte. Im August oder Anfang September 1895 habe ihn Perron von Gribelin getroffen, welche Auskunft geben konnten, den Herrath Eberhays anzuschreiben, doch habe Perron in seiner Unterredung keinen bestimmten Beweis für den Herrath des Genannten beibringen können. Bezüglich des gelauchten Briefes des Kaisers Wilhelm sagte General Boisdeffre, daß er von diesem nur durch die Äußerungen etwas erfahren habe, es sei daher unmöglich, daß er, wie die revisionistischen Mütter behaupten, in einem Salon davon gesprochen habe. Von dem mündlichen Bericht des Dr. Vauth de Cham, Eberhays zu retten, habe er (Boisdeffre) erst nach dem Dolo-Prozess Kenntnis erhalten. Eberhays sei seines Wissens vom Obersten Zandherr niemals zum Spionagedienst verwendet worden. Das Vorgehen Perrons in der Angelegenheit des „Beitritts“ sei gegen die Vorschriften, da Perron Monate lang Nachforschungen bezüglich Eberhays anstellte, ohne seine Vorgesetzten davon verständigt zu haben.

Das „Journal“ theilt mit, es sei eine Verhörsakten bezüglich verchiedener Gegenüberstellungen erfolgt worden, so besonders hinsichtlich Rogers, Perrons, des Kapitäns Guignot, Valcoignes und Vorhous. Eine ergänzende Untersuchung werde nicht stattfinden. Ein höherer Beamter des Kriegsministeriums erklärte dem „Voltaire“, daß die Zeit zwischen der Entdeckung des Vorbereitens und der Verhaftung des Dreyfus nicht genügt haben würde, um die Schuld Dreyfus' festzustellen.

Der „Temps“ meldet, daß Perronart wiederum einen Brief an den Präsidenten des Kassationshofes und an den Kriegsminister gerichtet hat, worin er die Erlaubnis nachsucht, den Generals Rogers und Zandherr gegenübergestellt zu werden, um in ihrer Gegenwart die Unrichtigkeiten ihrer Auslagen vor der Kriminalkammer zu berichtigen respektive widerlegen zu können. Perronart hatte diesen Antrag bereits früher gestellt und gefordert, daß man ihm die Auslagen, welche auf ihn Bezug hätten, mittheile, damit er sich verteidigen und widerlegende Beweise sammeln könne. Die Forderung ist ihm jedoch, wie schon früher einmal, verweigert worden. Das „Journal des devoirs de l'homme“ wurde vom Zivilgericht zur Zahlung einer Buße von 1500 Francs an den Deputirten Grafen Colonna verurtheilt, weil es über ein angebliches Duell desselben mit Dreyfus ausläßlich der Dreyfus-Angelegenheit berichtet hatte. Colonna hatte 100,000 Francs beansprucht.

### Amerika.

Der Friedensschluß zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten ist definitiv erfolgt. Präsident McKinley erließ eine Kundgebung, in der der Wortlaut des spanisch-amerikanischen Friedensvertrages und die Thatsache der erfolgten Auswechslung der Friedensurkunden zur Kenntlich gebracht wird. — Die an Spanien zu leistenden 20 Millionen sollen durch Wechsel auf New-York gezahlt werden.

## Lübeck und Nachbargebiete.

15. April.

Die Leitung des Zoologischen Gartens ist nach besten

Kräften bemüht, der Bevölkerung Lübecks nicht nur einen angenehmen Aufenthaltsort, sondern auch eine Stätte der Belehrung zu bieten. Wer die Schwierigkeiten zu beurtheilen weiß, wird zu schätzen verstehen, was in der kurzen Zeit geleistet worden ist, und der sicheren Hoffnung sich hingeben dürfte, daß etwaige Lücken in Balde ausgefüllt werden. Das Publikum hat an den Osterfesttagen durch überaus zahlreichen Besuch sein Interesse für die neue Schöpfung kundgegeben. Wir erwarten, daß dasselbe ein dauerndes sein wird. Wenn die Mittel es erlauben, der müde durch Entnahme eines Jahresabonnements, das sehr billig gestellt ist, dem Unternehmen eine stabile Grundlage zu geben versuchen. Der Garten bedarf noch mancher Verbesserung und Vergrößerung, und diese wird erfolgen können, wenn die nöthige Mühenleistung nicht ausbleibt. Was weiter verlangt werden kann, ist eine regere Theilnahme auch der besitzenden Klassen. Der Arbeiter kann wohl am Feiertage der Familie einmal eine Freude bereiten, indem er sie zum Thierpark in der Arminstraße führt, weiter reicht aber seine finanzielle Leistungsfähigkeit nicht. Nun hat die Gesellschaft Obligationen auszugeben, und zwar für eine Hypothek, die mit 100,000 Mk. schließt, 500 Stück à 100 Mk. Durch die Neubauten, welche die Feuerversicherungssumme auf 150,000 Mk. allein für die Gebäude gesteigert haben, wie durch die Neuanlagen und den bedeutenden, einen Werth von über 30,000 Mk. repräsentirenden Thierbestand, bieten diese Obligationen, welche mit 4 pSt. verzinst und von denen jährlich ein Theil ausgelöst wird, schon an sich eine sehr gute Kapitalanlage. Hinzu kommt, daß dieselben den Besitzern freien Eintritt bis zur Auslösung der letzten Obligation gewähren. Es würde gewiß einen merkwürdigen Eindruck machen, wenn eine so sichere und ein gemeinnützige Unternehmen fördernde Kapitalanlage in die Hände auswärtiger Kapitalisten überginge; denn die letzteren haben ja nicht einmal so große Vortheile davon, wie der Lübecker Besitzer einer Obligation, da diesem freier Eintritt zusteht, von welchem letztere, falls weit entfernt wohnend, kaum Gebrauch machen können. Der Zoologischen Garten-Gesellschaft muß aber daran liegen, die Obligationen möglichst in Lübeck unterzubringen, da, wenn es derselben auch gleich sein kann, von wem sie die Gelder erhält, es ihr doch nicht gleichgültig sein kann, ob die Besucherzahl größer oder geringer ist. — Weiter müssen wir aber auch ein stärkeres Entgegenkommen des Staates und der Behörden fordern. Der Staat hat an der Erhaltung des Instituts ein direktes Interesse. Wir meinen, daß was dem Musikverein oder gar den Travemünder Rennen recht, dem Zoologischen Garten zum mindesten billig ist. Unbegreiflich ist, daß die Straßenbahn ihren Betrieb noch nicht bis zum Garten verlängert hat. Das könnte mit geringen Mitteln und ohne Schädigung der 1 1/2 pSt. Dividende geschehen, ja, wir sind überzeugt, die Gesellschaft würde direkt dabei profitieren. — Kurz und gut, wir wollen hoffen, daß die Erkenntnis der Bedeutung des Gartens in der Bevölkerung, unter wie oben, dasjenige veranlassen wird, was zur Erhaltung desselben notwendig ist.

Die Lübeck-Bücherei Vahu wird voraussichtlich 7 1/2 Prozent Dividende vertheilen. Sie hat also ein gutes Geschäft gemacht.

Vom Tage. Untersuchung ist eingeleitet gegen einen der Unterschlagung bezichtigten, sichtlich gewordenen Wäckerknecht, und gegen einen Maler, der mit einem geliehenen Sommerüberzieher abgereist sein soll. — Gestohlen wurden einem Geschäftsmann in der Gr. Gröpelgrube aus der Ladentasse 13 Mk., einem Commis aus der Tasche eines in seinem Logis hängenden Jacketts ein Hundertmarktschein. (Der Mann geht jedenfalls sehr sorgfältig mit seinen Geldern um.)

Das Amtsblatt scheint in seinen neuen Leuten gar eifrige Sozialistenfresser gekupert zu haben. Jede Nummer ergötzt uns mit irgend einer Schweinburgiade. Die neueste wirt der Sozialdemokratie vor, sie lobe das Ausland auf Kosten Deutschlands. Das geschieht nun zwar nur, wo es angebracht und berechtigt ist, wundern sollte es uns aber gar nicht, wenn es — auch über die Reihen unserer Partei hinaus — angesichts der steigenden Auffizierung Preußen-Deutschlands stehender Branch würde.

Vom Titelwesen. Zu „Professoren“ wurden vom Senate 5 Dozenten ernannt, unter ihnen das Bürgerschaftsmitglied Dr. Baetjæ.

Reisefahrer. Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen ferner die Forme r.

Auktion. Am Montag, Morgens 10 Uhr, sollen auf dem Walle bei der Navigationschule altes Holz, Zinblech, Thüren und Fenster öffentlich an die Meistbietenden verkauft werden.

Postalisches. Die Bestimmungen im § 14 Absatz V der Telegraphen-Ordnung, daß Telegramme, deren Empfänger ihren Aufenthaltsort verändert haben, unter gewissen Voraussetzungen an den neuen Aufenthaltsort nachzutelegraphieren sind, auch ohne daß dies ausdrücklich verlangt worden ist, ist laut Verfügung des Staatssekretärs des Reichspostamts aufgehoben. Nur wenn der Absender oder der Empfänger es beantragt, wird das Telegramm auch ferner nachgeschickt.

Handelsregister. Am 12. April 1899 ist eingetragen: auf Blatt 119/1 bei der Firma: „Dampfschiff-Gesellschaft „Europa“: Das Vorstandsmitglied Chr. W. H. Pope ist gestorben. L. Fr. Djöbel von Schulze ist zum Mitgliede des Vorstandes erwählt; auf Blatt 1046 bei der Firma: „Chr. Alwert“: Das Geschäft ohne die Firma ist auf die Blatt 2108 eingetragene Firma C. Wiselind übergegangen; auf Blatt 2108 bei der Firma: „C. Wiselind“: Das Geschäft ist früher unter der Firma Chr. Alwert geführt.

Entin. Der Gemeinderath hält am Montag, Nachm. 5 Uhr, eine Sitzung ab.

Hamburg. Kommunale Sozialpolitik. Der Senat läßt einen großen Theil der Pflichtenarbeiten in Regie ausführen. Es sind dabei 3-400 Arbeiter beschäftigt. Trotzdem nun diese Leute ebensoviele leisten müssen, als ihre von Unternehmern beschäftigten Kollegen, so standen und stehen sie doch bisher im Lohne niedriger, als diese. Die Leute wandten sich deshalb mit einer Petition an den Senat, in welcher sie um entsprechende Lohnerhöhung und darum ersuchten, an den Vorarbeiten der hohen Festtage um 4 Uhr Feierabend machen zu dürfen, ohne Lohnabzug, wie das bei den Unternehmern auch üblich ist. Jetzt ist den Petenten der Beschrieb zugegangen, daß der Senat die erbetene Lohnerhöhung von 2 Pfennigen pro Stunde abgelehnt, dagegen dem zweiten Antrage zugestimmt hat — aber, die Arbeiter müssen von nun an dafür an jedem anderen Wochentage das ganze Jahr hindurch eine halbe Stunde länger arbeiten, als bisher. Das ist die Sozialpolitik des Senats.

Hamburg. „Politische“ Gewerkschaften. Nachdem vor Kurzem der Fiskus des Holzarbeiterverbandes und die des Hafenarbeiterverbandes für „politisch“ erklärt worden sind, ist dies nun auch mit der Fiskale des Metallarbeiterverbandes geschehen, die unter § 8 des Vereinsgesetzes gestellt worden ist. Mit Rücksicht darauf ist bereits die Abhaltung eines Vergnügens verboten worden. Krüger- und Kampfgewerkschaften, welche manchmal sehr viel Politik in ihren Versammlungen treiben, kann so etwas nicht passieren.

Bilster. Streik. Bei der Firma Falk und Schütt sind 310 Gerber ausständig geworden.

Dömitz. Niederegebrannt ist nach einem Privattelegramm des „B. L.“ das Wolltrockenhaus der Dynamitfabrik. Ein verheirateter Arbeiter, Namens Zander, ist verbrannt.

### Briefkasten.

Anfragen, bei welchen Name und Adresse des Fragenden fehlen, werden nicht beantwortet.

Maurer-Lothar-Kommission. Sonntag Morgen 8 Uhr Sitzung im Vereinslokal.

### Quittung.

Für die Krefelder Weber gingen ferner ein:  
 Schneider Lübeck, 2. Rate . . . . . Mk. 22,—  
 Verband der Zimmerer, Zahlstelle  
 Lübeck . . . . . „ 13,—  
 Carl S. . . . . „ 1,—  
 Mit den bereits quittirten . . . . . 419,80  
 Summa Mk. 455,80

Weitere Gaben nimmt gern entgegen Expedition des „Lübecker Volksboten“ Johannstraße Nr. 50.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu vertheilichigen und selbstverständlich sich auf unser Blatt zu berufen.

Verband der Fabrik-, Land-, Hülsenarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Lübeck.)

## Nachruf.

Am Donnerstag den 13. April 1899 starb nach langer schwerer Krankheit unser langjähriges Mitglied **Heinrich Möller** im 33. Lebensjahre.

Chre seinem Andenken!

Gesucht zu sofort eine leere Stube. Offerten unter G S an die Exped. d. Bl.

Gesucht 1000 Mk. in ein Grundstück nach 2800 Mk. Brandlastenwerth 5450 Mk. Offerten unter M O an die Exped. d. Bl.

Gesucht zu sofort 10 Frauen. Tagelohn Mk. 1.40. Weinbergstraße 2.

Lücht. Malergehülfsen gesucht. H. Müssig, Rarpsenstraße 24.

Gef. j. l. Mai ein erfahr. Mädchen Lohn 150 Mk. Chr. Koch, „Zum Einsegl“.

Zu sofort 10 Frauen zu Spargelarbeit 1.40 Mk. Tagelohn. Näheres Friedrich-Wilhelmstraße 2a.

Ein Strohwagen mit Verdeck, ein fast neuer Korbwagen, ein kleiner Tisch, ein Regenmantel wegen Trauer zu verkaufen Reiferstraße 4b.

1 fast neuer Sommerpaletot m. Krage für Knaben von 3-4 Jahren zu verkaufen Ellerbrook 20.

Ein kleiner Rest Dung zu verkaufen Rosengarten 10.

Eine tragende Ziege (2jährige) zu verkaufen Marktstraße 44.

Der Wahre Jacob No. 8

ist soeben erschienen und jedem Parteigenossen zu empfehlen. Expedition des Lübecker Volksboten.

J. Holzner, Töpfer, Hundestrasse 35, empfiehlt sich zum Repariren und Schen von Oefen und Herden ant, dauerhaft und billig.

Schöne Zerkel hat zu verkaufen H. Lange, Mori.

Ein Zugänger hat zu verkaufen K. Ziegler, Krepelsdorf.

Die von mir unwillentlich gemachte Beleidigung dem Schiffbauarbeiter Fr. Böhm gegenüber nehme ich hiermit zurück. G. Pierstorff, Reiserstraße 35.

Gestern Abend 11 1/2 Uhr starb nach langen schweren Leiden mein lieber Mann und meiner Kinder liebevoller Vater, **Heinrich Möller** im Alter von 88 Jahren. Tief betrauert und schmerzlich vermisst von **Helene Möller Wwe.**, geb. Kaufman, Kindern und Verwandten. Die Beerdigung findet am Montag den 17. April, Vormittags 9 1/4 Uhr, von der Leichenhalle des Allgem. Gottesackers aus statt.

Am Freitag den 14. d. M., Abends 10 Uhr, entschlief nach kurzer schwerer Krankheit unser lieber Sohn **Hermann** im bereits dritten Lebensjahre. Tief betrauert von seinen Eltern, Geschwistern, Verwandten und allen, die ihm nahe standen. **H. Ketter und Familie.**

# Krankenkasse Germania.

C. S. 205 zu Altona.

## Haupt-Bureau:

Altona, Gr. Bergstrasse 90, 1. Etage.  
Ecke der Kleinen Bergstrasse.  
Telephon: Nr. 850, Amt Altona.



Die Kasse genügt dem § 75 des Kranken-Versicherungsgesetzes, allen Herren Arbeitgebern, sowie Arbeitnehmern.

Die Mitglieder und deren Familienangehörige haben freie ärztliche Hilfe durch den Bezirks-Arzt.

Männliche und weibliche Personen vom 14. bis 60. Lebensjahre werden größtentheils ohne ärztliche Untersuchung aufgenommen. Dieselben können nach rechtzeitiger Anmeldung nicht gezwungen werden, der Orts- oder einer anderen Kasse beizutreten.

An Folge ihrer mannigfaltigen Leistungen und der großen Ausdehnung des Kasseebezirks, den keine andere Local-Krankenkasse besitzt, erfreut sich diese Hilfskasse einer besonderen Beliebtheit. Den Auf und die Größe dieses Instituts zeigt der bedeutende Zufluss an Mitgliedern, denn in den letzten Jahren traten über 38000 Personen der Kasse bei.

Der Kasseebezirk erstreckt sich über Hamburg, Altona, Bergedorf, Harburg, Bismarck, Elmhorn, Unterlüß, Hermannsburg, Lüneburg, Celle, Lüne, Kiel und Bremen und ist auf Wunsch vieler Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Kasseebezirk jetzt auch auf das ganze Wesergebiet mit den Ortschaften: Hemelingen, Brate, Vegesack, Delmenhorst, Geestemünde, Seeze und Bremerhaven erweitert.

Neuaufnahmen werden bei den durch die Straßenplakate bezeichneten Abtheilungen jederzeit bewerkstelligt.

Bezirks-Arzt für Lünebeck ist: Herr C. Heineke, Dautwardtstraße 21, derselbe Bleichstraße 15.

Ebenfalls werden Aufnahmen bewerkstelligt bei: Herren H. Grube, Glockengießerstr. 07, M. Mathissen, Al. Mittelstr. 21, G. Koch, Mühlentstraße 5.

Der Vorstand. J. M.: Aug. Wessel.

**Filz- und Seiden-Hüte**  
sowie Mützen in großer Auswahl empfiehlt  
**E. Hirsekorn, Sandstr. 23.**

**Fettwaaren-Special-Geschäft**  
Breitestr. 60a **C. Harz** Sandstraße 27

- Frische Bauernbutter Pfd. 90 Pfg., 1,00 Mt.
- Prima Schweizerkäse Pfd. 60, 70, 80 Pfg.
- Pa. Holländischen Käse Pfd. 60, 80, 90 Pfg.
- Pa. Tilsiter Fettkäse Pfd. 60 Pfg.
- Pa. Tilsiter Halbfettkäse Pfd. 30, 40, 50 Pfg.
- Pa. Holsteiner Käse Pfd. 20, 25 Pfg.
- Prima Salzgurken Stück 5 Pfg.
- Prima Sauerkohl 2 Pfd. 15 Pfg.
- Prima Anchovis Pfd. 35 Pfg.
- Frische Holst. Landeier, 11 Stück 60 Pfg.
- Bitello-Margarine Pfd. 70 Pfg.,  
bester Ersatz für Meiereibutter.

# Socialdemokratischer Verein

## Extra-Versammlung

am Montag den 17. April 1899

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Tages-Ordnung:

1. Die geplante Pfingsttour nach Kopenhagen.
2. Die diesjährigen Bürgerchaftswahlen.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

**Hansa-Halle.** Jeden Sonntag: Freier Tanz. Freier Tanz.  
Familien-Kränzchen.

**Bratenschmalz**  
à Pfd. 50 Pfg.  
empfiehlt

**Heinr. Viereck, Hüxstr. 96.**

**Gebraunten Caffee**  
kräftig u. von vorz. reinem Geschmack Pfd. 80 Pf.  
kräftig und hochfein von Aroma Pfd. 100 Pf.

**Joh. Nagel, Engelsgrube 51.**

**Gute Cigarren, 100 St. 2.90 Mt.**  
Johannisstraße 17, neben „Deutscher Kaiser“.

Feinste  
**Meiereibutter**  
Pfd. 105 und 110 Pfg.

Feinste Hofbutter  
Pfd. 100 Pfg.

Butter-Handlung zur Krone  
Markt 9 u. Breitestr. 70.

# Nie wiederkehrend billig!

Da es sich um schnelle Räumung unserer enormen Lager moderner, eleganter Herren- und Knaben-Garderoben die für die Frühjahrs-Saison neu angefertigt, handelt, verkaufen wir von heute ab, jede Konkurrenz ausschließend, so lange der Vorrath reicht, zu nachstehenden Schilberpreisen:

- Herren-Sommer-Paletots, solide Stoffe, jetzt nur Mt. 5 1/2, 8, 10 1/2 an
- Herren-Sommer-Paletots, elegante Neuheiten, jetzt nur Mt. 12, 13 1/2, 15 an
- Herren-Kostüm, haltbarer Stoff, enorme Auswahl, jetzt nur Mt. 6 1/2, 8 1/2, 10 an
- Herren-Kostüm, elegante Mannigfalt. und Cheviotstoffe, jetzt nur Mt. 12, 13 1/2, 16 an
- Herren-Kostüm, Mod. und Scherffacon, K. Qualität, jetzt nur Mt. 15, 18, 22 an
- Herren-Hosen in hundertfacher Auswahl, jetzt nur Mt. 1, 2, 3, 3 1/2 an
- Herren-Hosen, hell und dunkel, neueste Streifen, jetzt nur Mt. 4, 4 1/2, 5 an
- Herren-Jackets und Joppen für alle Zwecke, jetzt nur 95 Pfg., 1 1/2, 2, 3 an
- Knabing-Kostüm aus erprobten Stoffen, jetzt nur Mt. 3, 4 1/2, 5 1/2 an
- Knaben-Kostüm in allen Farben und Qualitäten, jetzt nur Mt. 1, 20, 2, 2 1/2 an
- Knaben-Kostüm, reizende Neuheit, Jadenform, jetzt nur Mt. 3 1/2, 4, 4 1/2 an
- Knabing-Kostüm, Havelock in großer Auswahl, jetzt nur Mt. 7 an

## Welthaus „Goldene 33“

Lübeck, nur Breitestraße 33, eine Treppe (kein Laden).  
Größtes und billigstes Special-Herren- und Knaben-Connections-Geschäft am Plage.

1 Kleiderbürste gratis!

## Migräne, Nervenleiden.

Die beste Zeit für die Behandlung aller Nervenleiden: Neurosthenie, allgem. Nervenschwäche, Dyspepsie, nerv. Magenbeschwerden, Migräne, Rheumatismus, rheumat. gichtischer und neuralgischer Leiden (Migrales) ist gekommen. Im Frühjahr ist die Heilkraft des Organismus am kräftigsten und es bedarf nur geringerer Unterstützung oder Hinzugabe neuer Schädlichkeiten, um jahrelange Hebel zu heilen. Seit vielen Jahren behandle ich Nervenleiden stets mit bestem Erfolge im Frühjahr und kann ich daher zur Empfehlung dieses mächtigen Heilfactors rathen. Auswärts verordne ich in geeigneten Fällen schriftlich.

**G. Fuchs, Leipzigstraße 134, 1.**  
11-1, 5-7.

## Arbeitsgeräte

der

**M a u e r**

Hamburger Modell

wieder vorräthig

**J. F. B. Grube.**

Zug.: Rudolf Müller.

## Tapeten und Borden

in großer Auswahl

zu billigsten Preisen empfiehlt

**Hans Fock**

10 Hackenburger Allee 10.

Frische Thüringer Blutwurst  
Frische Thüringer Leberwurst

sowie jeden Sonnabend

frische Bierwurst

und von 6 Uhr an

warme Quackwürste

empfiehlt

**Oswald Heine,**

Gronsforder Allee 32a.

ff. Bierwürstchen

ff. Bratheringe

marinirte Gerlinge

Colonial-Waaren

feine Wurst- u. Fleischwaren

empfiehlt

**C. Steyer**

Schwartau, Am Markt.

Pa. hiesiges Schweinef. Pfd. 55 Pfg.

„ Kalbfleisch Pfd. 35 Pfg.

„ hiesige Schinken Pfd. 60 Pfg.

„ „ fetten und mageren Speck

Pfund 70 Pfg.

„ Queenfleisch Pfd. 50 Pfg.

„ gekochte Wurst Pfd. 60 Pfg.

„ geräucherte Wurst Pfd. 70 Pfg.

empfiehlt

**W. Strohsfeldt**

Glockengießerstraße 73.

Keine sparfame Hausfrau

sollte es verkümmern, einen Versuch mit meiner hochfeinen Rahm-Margarine zu machen. Stets frisch, 50-60 Pfg. per Pfund.

**Heinr. Cords, Engelswisch 35.**

## Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und and. gew. Arbeiter.

### Mitglieder-Versammlung

am Montag den 17. April 1899

Abends 8 1/2 Uhr.

im Vereinshaus, Johannisstr. 50.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1899.

2. Verschiedene Kasseeangelegenheiten.

Die Ortsverwaltung.

## Oeffentliche Versammlung

für sämmtl. in den Brauereien beschäftigten Personen

am Sonntag den 16. April 1899

Nachmittags 3 Uhr.

Tages-Ordnung:

Bericht der Kommission. Verschiedenes.

## Zum rothen Löwen.

Sonntag den 16. April 1899:

### Tanz-Unterhaltung.

Brauerei Jadenburg.

Sonntag den 16. April 1899:

### Concert.

Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Eintritt 10 Pfg., wofür Programm.

### Club Fidelitas.

Berathungs-Abend

am Montag den 17. April 1899

Abends 9 Uhr

im Club-Lokal.

Der Vorstand.

## Einladung zum Stiftungs-Fest

des Verband. der Bäcker u. Berufsgen.

Zahlsstelle Lübeck

verbunden mit Theater und Ball

am Sonntag den 23. April 1899

im Local Brahm, „Concordia-Garten.“

Anfang 4 Uhr. Ende Morgens.

Das Comité.

## Unterhaltungs-Abend

zum Besten

der durch das Brandunglück (Fischstr.)

geschädigten Familien

am Sonntag den 23. April 1899

Abends 8 Uhr

im Circus Renterkrug.

Eintrittspreis à Person 20 Pfg.,

der Wohlthätigkeit keine Schranken.

Heinr. Winter, Carl Kindermann.

Stehst Herzen Du mit Kummer ringen,

Frage nicht warum? und richte nicht;

Such' Lieblich ihnen beizuspringen,

So löst Du wahre Menschensepflicht!

## Verdächtiger Värm.

„Welch ein Värm! Was ist der Värm?“ Man möchte Heinrich Heines bekannte Frage an Meyerbeer wiederholen, wenn man diesen unbändigen Krach in der laubbildnerischen, antihemeltischen und republikanischen Presse wahrnimmt, der um Samoa entstanden ist. Derselbe Weltgeist, die nicht zu mühen wagte, als die Schmach von China dem preussischen Namen zugehört wurde, die münchener Staatstanz des Jahres genoss, die in Samoa und anderen Fällen zur Entscheidung kam und das geflügelte Wort zettelte: „Es gelingt nichts mehr“, sie lobt und höhnt und schilt heute, daß kein Tachstein auf dem anderen bleiben möchte, weil die Hände auf Samoa nicht alsbald zu einem fürchterlichen Sabotageakt auf Seiten Deutschlands geführt haben und die deutschen Staatsmänner den Frieden mit England und den Vereinigten Staaten nicht ohne Weiteres in die Brüche geben lassen. Diese Leute verwöhnen den höchsten Hohenlohe und denselben Herrn von Bülow, den sie bei seinem ersten Auftreten als eine Art zweiten Bismarck gefeiert, als „Staatsmännchen“ und als Leute, die „junger manische Händlerpolitik“ treiben. Sie erzählen, daß sie „belebend am Reichthum deutscher Ehre stehen“.

In dem lässlich-komisch gehaltenen Sammelblatt der Schreibkünstler erscheint eine Frau, bei der irgend Etwas nicht ganz stimmt, mit einem Antrage, in dem sie erzählt: „Deutschlands Ehre ist von Amerika und England in den Staub getreten. Wollt ihr noch mehr Samoa, noch mehr Sanktionen, noch mehr gebrochene Verträge?“ Und weil diese flottenkollertige Dame noch immer von keinem deutschen Mannschafte gegen englische und amerikanische Kriegsschiffe etwas gehört hat, versichert sie: „Aus fehlt die Macht, eine feste Sprache zu führen, weil uns die Flotte fehlt.“ Und ein Wall, das nicht auf dem Meere, sondern in Berlin er scheint, giebt sich dazu her, vieles Zeug mit voller Ernsthaftigkeit weiter zu verbreiten und dazu den Anruf der sagten Frau: „Auf! Sammelt Alle, Alle für die deutsche Flotte! Gebt Euch das Verprechen, an kein Vergütigen zu denken, so lange diese Schmach nicht ausgeht!“ Wo wir nicht erst kürzlich eine gewaltige Flottenvermehrung vorgenommen hätten, und als ob nicht schon jetzt Kriegsschiffe vorhanden wären, um diplomatischen Mundgebungen des deutschen Reichs da, wo es nothig, den lässlichen äußeren Nachdruck zu geben! Und Sammlungen für die Flotte? Du lieber Gott! Die paar Mark, die da eintönen, weht den unterschiedlichen Mechtöpfen im Kügelbeutel laugen ja noch nicht einmal zu einem halbwegs anständigen Sprengelboot.

Allen in all diesem Unsinne und in all diesem gepreizten und großprahligen „nationalen“ Gerede liegt eine tiefere Bedeutung, die mit unserer Ehre und Machtstellung im Weltentwurf wenig oder gar nichts zu thun hat und desto mehr mit den jastam bekannten Geldbeutelchmerzen der Maffistler, welche zu den neuen Handelsverträgen andere Staatsmänner wünschen, als die Hohenlohe und Bülow. Allerdings kann Niemand den Reichskanzler einer zu geringen Rücksichtnahme auf die nimmerkalteten Wünsche der Agrarier anklagen. Wahrscheinlich diese Gesellschaft ist bei uns allemal so über die Massen verwöhnt und bevorzugt, daß es schwer verständlich ist, wie sie so übermüthig sein kann, nach einer noch stärkeren Unterdrückung der Regierung unter ihre Gebote zu streben. Herr von Bülow ist Diplomat, Hauptmann der Unstandspolitk, und seine Beziehungen zu den Fragen, welche die Agrarier besonders berühren und interessieren, sind gleich Null. Und dennoch diese agrarische Hege gegen die „Staatsmännchen“. Und dennoch diese respektlose Behandlung der deutschen Unstandspolitk, obwohl gerade auf konservativer Seite die Sache immer so darzustellen gesucht wird, als ob für unsere Reichs- und Staatsleitung nur Ein Wille maßgebend wäre, der Wille einer unverantwortlichen, für gewöhnlich der Kritik entrückten Stelle?

## Der Vogt von Sylt.

Erzählung von Theodor Mügge.

(47. Fortsetzung.)

Der alte Staatsmann lächelte höhnisch, und seine grauen kalten Augen bohrten sich bedeutungsvoll in Vornsens krankes Gesicht.

„Lassen Sie sich um sagen,“ fuhr er dann fort, „daß der König in spätestens vierzehn Tagen hier sein wird. Versuchen kann er das Urtheil des Obergerichts nicht, aber er kann es unschädlich machen. Sehen Sie sich hin, schreiben Sie an den König, entschuldigen Sie Ihre Uebereilungen mit dem Eindrud der welterschütternden Begebenheiten und bitten Sie um Gnade.“

Bei diesen Worten farbte sich Vornsens Gesicht dunkelroth; die Ader an seiner Stirn schwellen auf, er zitterte vor Bewegung.

„Der König ist noch immer gütig gegen Sie gesinnt,“ fuhr der Staatsrath ruhig mit seiner Dose spielend fort, als bemerkte er den Sinem gar nicht, den er erregt hatte. „Zeitgen Sie ihm Mene, sagen Sie ihm, daß Sie Ihre Irrthümer eingesehen, daß Sie bestrübt sein würden, dies zu beweisen.“

„Ich — ich,“ murmelte Vornsen mit fast ersticker Stimme.

„Dann geben Sie mir den Brief,“ sagte Hammerstein. „Binnen drei Tagen sollen Sie frei sein, Ihr Gehalt vorläufig als Wartegeld beziehen; aber, mein Wort darauf, Sie sollen in kurzer Zeit auf den Platz berufen werden, der Ihnen gebührt.“

„Mein Platz“ rief Vornsen mit seiner Donnerstimme, indem er aufstand, „wäre der Schandpfahl, der Galgen, um mit dem Eisen des Henkers mich an der Stirn zu brandmarken, wenn ich so nichtswürdig sein könnte, Ihrem Rathe

Das Ding hat eben den bewußten Namen: der Staatssekretär v. Bülow ist — schreibt die „Berliner Blg.“, deren Ausführungen wir hier folgen — bei den Agrariern in den hoffentlich begründeten Verdacht gerathen, daß er bei der Vorbereitung und dem Abschluß der neuen Handelsverträge in ähnlicher Weise, wie einst Herr v. Marischall die allgemeinen Reichs- und die internationalen Friedens- und Verkehrsinteressen nicht auf dem Grandopferaltar des Agrarierthums würde schmoren und verbapfen lassen. Dem Ärtsten Hohenlohe aber traut die Götze der Liebesgabenstreber darum nicht gar weit, weil der alte Herr immerhin kein eigentlicher Oestler, und weil er zudem leicht lenkbar ist, lenkbar auch in einer Richtung, die nicht diejenige der Landbändler ist. Daher auch der Värm! Man möchte die unglücklichen Männer entweder unmittelbar durch unbedingte Schleppträger der Agrarier erzieht sehen oder mittelbar durch Koltern und Trohen auf sie einwirken, auf daß sie gesüßig und mürbe werden.

Die leidenschaftlichen radonvartionistischen Medensarten über die Schmach von Samoa, über die fatale Freundschaft mit den Engländern und über die Dreistigkeit der Jingos sind nichts weiter als das Mantelchen zur Bedeckung der Mäße der agrarischen Eiferinnsvollst, die uns am liebsten in Faust und Streit mit der halben Welt hineinziehen möchte, wenn nur die Produktionsgemeinschaften dabei ihr Schafchen heeren und ihren Ventel füllen können. Die große Mehrheit des deutschen Volkes aber will eine maßvolle, nüchtern und besonnene Gestaltung der auswärtigen politischen Beziehungen und eine allgemeine Reichs- und Staatsleitung, welche nicht darauf aus ist, Deutschland als Hans Tanzi in allen Wäffern erscheinen und unterem Rücken und unteren Interessen dabei unruhig Schaden zufügen zu lassen.

## Politische Mundschau.

Deutschland.

**Arabische Sklavs auf deutschem Arbeitsmarkt.** Man schreibt dem „Vorwärts“: Die Prospektier des deutschen Unternehmerrthums scheint sich mit der billigen Arbeitskraft der gerade in diesem Frühjahr zu vielen Tausenden importierten nalkischen Arbeiter nicht begnügen zu wollen. Denn bereits wird auch der Norden Afrikas mobil gemacht, um keine Sklav auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu werben. In Trupps von 20—30 Personen treffen in letzter Zeit auf dem Wege durch die Schwaz arabishe Arbeitskräfte auf den Bahnhöfen der oberelsässischen und der badiichen Grenzstationen ein, von wo sie nach den Innern des Reichs weiter befördert werden, um dort, wie man erfährt, vorzüglich in Webereien in Arbeit zu treten. In Schopshelm im badiichen Oberland soll sich bereits eine ganze Kolonie solcher „billiger“ Betriebsmittel niedergelassen haben. Es befinden sich darunter auch zahlreiche Frauen und Kinder, was darauf schließen läßt, daß die Engagements auf längere Zeit abgeschlossen sind. Basler Zeitungen bestätigen das für unsere Grenzbezirke besonders bedeutungsvolle Auftauchen arabischer Arbeiter unter den durch deutsche Agenten angeworbenen Massentransporten, die allwöchentlich mehrere Male in geschlossenen Trupps aus dem Süden an der Grenze eintreffen, um von da aus nach allen Himmelsrichtungen hin sich im Reiche zu zerstreuen.

Die deutsche Arbeiterschaft wird sich also wohl oder übel auf eine neue Konkurrenz im Bereich der unqualifizierten Arbeit gefaßt machen müssen, da die Söhne des afrikanischen Nordens in ihren Ansprüchen an das Leben die seitens des deutschen Unternehmerrthums so oft gerühmte „Gentligsamkeit“ der Italiener noch weit über treffen. Und der satjam bekannte „Schutz der nationalen

Arbeit“ ist ja bekanntlich auch nicht so zu verstehen, als wollten unsere Regierungen der Einführung billiger Arbeitskräfte aus dem „schwarzen Erdtheil“ hindernd in den Weg treten. Die arabische Invasion wird also seitens des deutschen Unternehmerrthums zweifellos mit Jubel begrüßt werden.

**Die Wechselstempelsteuer im Jahre 1898.** Amtlicher Nachweisung zufolge hat die Einnahme an Wechselstempelsteuer im Deutschen Reiche für das Etatsjahr 1898/99 insgesamt 9 947 028 Mk. 70 Pf. betragen. Es ist dies der erste Ausweis über den Ertrag eines Einnahmeweiges des Reichs für das letztverlossene Etatsjahr; er ist um so erfreulicher, als er nachweist, daß die Einnahme aus der Wechselstempelsteuer gegen das Jahr 1897/98 eine Zunahme von 1 042 401 Mk. 30 Pf. zeigt. Aus dieser Zunahme läßt sich sehr gut beurtheilen, wie sehr das geschäftliche Verkehrsleben in Deutschland sich im letzten Jahre geboten hat.

Ein Mann nach dem Herzen der Agrarier ist offenbar der Landrath des Königsberger Landkreises nicht. Unter dem Titel: „Was unserer Provinz frowmt“ hat er eine Schrift erscheinen lassen, worin er die Bestrebungen des Oberpräsidenten Staatsministers Dr. von Köppler auf Hebung der Industrie in den Ostmarken unter Berücksichtigung der Landwirtschaft und der Arbeiterfrage einer eingehenden Betrachtung unterzieht. Er weist auf die Hebung des Verkehrs durch Eisenbahnen, durch den masurischen Schiffsahrtskanal u. hin. Für die Arbeiter verlangt er bessere Wohnungen und für die bessere Auszubildung der Mädchen Haushaltungsschulen. Der Verfasser ist der Meinung, daß in der Regel nicht die Lohnfrage und die Vergütungssucht die Arbeiter nach den großen Städten treibe, sondern die bessere Stellung und die Gelegenheit, die Kinder besser auszubilden zu lassen. Das wird die Junker wohl gewaltig verschupfen. Wie kann auch ein Landrath so regelwidrige Ansichten haben und sie — vor der Öffentlichkeit vertreten!

**Ueber die Verwendung Gefangener zu landwirtschaftlichen Kulturarbeiten** löst folgende angeblich amtliche Mittheilung durch die Presse:

„In landwirtschaftlichen Kulturarbeiten werden Zuchthausgefangene verwendet, die mindestens ein Jahr ihrer Strafe verbüßt, sich gut geführt haben und eine Strafzeit von nicht mehr als einem Jahre vor sich haben; Gefangnisse gefangene werden zu solchen Arbeiten nur mit ihrer Zustimmung verwendet, wenn sie sechs Monate verbüßt haben und der Strafreß nicht mehr als zwei Jahre beträgt, sie sind aber von den Zuchthausgefangenen getrennt zu beschäftigen. Um eine Schädigung der freien Arbeiter zu verhindern, darf diese Verwendung von Gefangenen nur dann stattfinden, wenn die Arbeiten unterbleiben würden, weil freie Arbeiter für sie nicht zu haben sind, oder die hohen Löhne der freien Arbeiter die Anlage unrentabel machen würden. Derartige Arbeiten sind im letzten Jahre besonders ausgeführt in Ostpreußen und Westpreußen bei Aufforstungen und Entwässerungen, in Schlesien und Brandenburg als Nothhandarbeiten an 16 verschiedenen Stellen, in Sachsen als Reichs- und Meliorationsarbeiten, in Schleswig-Holstein, Hessen-Nassau und im Rheinland. Die Zahl der auf diese Arbeiten entfallenden Arbeitstage betrug im Jahre 1897/98 102 133, wird aber 1897/99 noch viel größer sein, da schon in den ersten 7 Monaten etwa 130 000 Arbeitstage geleistet sind. Die Gefangenen haben sich bei diesen Arbeiten willig, fleißig und anständig gezeigt, und ihre Leistungen stehen, wenn sie sich eingearbeitet haben, hinter denen freier Arbeiter nicht zurück. Die Aufrechterhaltung der Disziplin hat keine Schwierigkeiten gemacht, und Fluchtversuche sind nur ganz vereinzelt vorgekommen.“

Diese Verwendung der Gefangenen ist jedenfalls

zu folgen. Me, niemals soll es geschehen! Was Sie mir vorschlagen, müßte mich auf ewig entehren.“

„Keine Thorheiten! Herr Vornsen,“ fiel der Staatsrath stolz ein. „Was ich Ihnen rathe, ist das Gegenheil aller Phantasterei, aber weit entfernt von Entehrung.“

„Es kann sein, daß ich elend sterben muß,“ sagte Vornsen, indem er in der Mitte des Gefängnisses still stand und seine Augen strahlend aufhob, „aber dann werden kommende Geschlechter richten zwischen mir und meinen Feinden. Die Geschichte wird den Stab brechen über die Richter, die mich richteten und über die Männer des Unrechts und der Gewalt, denen nichts heilig ist, die mit Glanben, Liebe und Gott Handel treiben, um die Ketten der Völker fester zu schmieden. Gott aber läßt sich nicht spotten. Der Tag wird kommen, wo er Gericht hält, wo Wahrheit und Recht nicht mehr zu Schanden werden!“

„So gehen Sie hin in Ihr Schickal,“ sprach Hammerstein, sich abwendend. „Sie sind ein Fanatiker, sind unverbesserlich und,“ fuhr er, die Thür in die Hand nehmend, fort, „der Theilnahme nicht würdig, die hohe Personen bisher noch immer für Sie hegten. Adieu, Herr Vornsen! Denken Sie an mich. Dieser heroische Muth der Tugend wird in stumpfsinniger Verzweiflung enden.“

Vornsen sank in den Stuhl zurück. Er fühlte einen hohen Triumph, aber auch den brennenden, lähmenden Schmerz seines ohnmächtigen Borns und alle Qualen, die seiner warteten.

18.

Endlich war das Jahr vergangen und das Gefängniß in Rendsburg that sich auf und ließ einen hageren, bleichen Mann in das warme Sonnenlicht des Frühlings hinaus-treten.

Am Morgen des Befreiungstages hatten sich Fremde aus Kiel und Schleswig vereinigt, um Vornsen ein Fest zu

veranstalten, das trotz der Gegenwirkung der Gutgesinnten größeren Anklang fand, als man vermuthet hatte. Vornsen ließ es geschehen, weil er es nicht hindern mochte.

Ein bedeutender Theil der Bevölkerung der Stadt nahm Theil an diesen Ehrenbezeugungen. Ein Volkshausen erwartete den Besreiten; Kränze und Blumen wurden ihm gebracht. Man rief dem tapfern, edlen Vornsen, dem Wohlthäter und muthigen Vorkämpfer seines Volkes freudige Lebehochs zu, aber über sein blaßes Gesicht lief erst dann der rothe Schein der Freude, als die Reihen sich öffneten und der alte Pfarrer Lorenz Lebe ihm die gewaltigen Hände entgegenstreckte. Hinter ihm standen Hanna und Hilgen sammt manchen andern Fremden aus Sylt, und plöhte hörte Vornsen mitten aus dem Gemühl den Schrei einer halb ersticken Stimme, und ehe er es dachte, war er in den Armen seiner Mutter.

Von jetzt an wurde der kurze Weg zu dem geschmückten Festhause ein Triumphzug. Viele drängten sich herbei, Vornsen zu umringen, ihm die Hände zu schütteln, ihm ihre Freude und neuen Hoffnungen zuzurufen. Thränen stoffen, die Herzen wurden warm und weich, und als drinnen im Hause kein Platz mehr war, füllte sich die Straße den ganzen Tag über mit Menschen, die alle den Vornsen sehen, und ihm ihre Theilnahme und Dankbarkeit bezeugen wollten.

Endlich am Abend verließ die Familie Rendsburg und führte den Sohn und Freund mit sich fort nach Sylt zurück. Vornsen hatte sich nicht bewegen lassen, den Bitten anderer Männer nachzugeben, sie nach Kiel zu begleiten. Er schüttelte den Kopf zu ihren Plänen und sagte mit Entschiedenheit: „Meine Entschlüsse stehen fest. Eine kurze Zeit nur will ich in Sylt bleiben, um meine alten Eltern auf eine lange Trennung vorzubereiten.“

„Jetzt willst Du aus dem Lande gehen!“ fragte der Pfarrer, der dabei stand. „Bist ein echter Friesle, Jens, fragst nicht dem Jammer der Mutter, nicht nach den

rationeller als deren Beschäftigung in den Gefängnissen bzw. Zuchthäusern für private Unternehmer gegen eine so minimale Vergütung, daß den freien Arbeitern dadurch eine schwere Konkurrenz erwächst.

**Die wirtschaftliche Bedeutung der Samoa-Inseln.** Bei dem politischen Interesse, welches gegenwärtig die Samoa-Inseln erregen, ist es von Wert, einiges über die wirtschaftliche Bedeutung dieser Inselgruppe zu erfahren, worüber die „Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen“ nachstehende Mittheilungen macht:

Die Inseln des deutschen Handels mit den Samoa-Inseln schwanken außerordentlich stark, sind aber im Allgemeinen nicht hoch. Die Inselgruppe kommt besonders als Bezugsquelle für Palmkerne und Kopro in Betracht; letzteres ist die Bezeichnung für die angeschwollenen Kerne der Kokospalme. Aus diesen Kernen wird durch hydrostatische Pressung das Palmöl und Kokosöl gewonnen, das für die Fabrication von Seifen und Kerzen (Palmitin) eine große Rolle spielt, während die Mühlkerne (Kopro) und Palmkernpressrückstände ein geschätztes Viehfutter sind. Das Gros dieses Artikels kommt übrigens, soweit wir es nicht über England beziehen, aus Westafrika und Ostindien. Außerdem wächst noch Kaffee, Kakao, Bambusrohr und Baumwolle dort.

Als Absatzmarkt haben die Samoa-Inseln nur für einige Artikel nennenswerthe Bedeutung. Es sind dies vor allem Pfeffer und Eisenwaren (grobe und feine). In geringeren und schwankenden Mengen exportieren wir auch Wollengewebe, Wein, Gegenstände des feineren Tafelgeschmacks, Kohlen, Parfümerien, Schirme, Konfektionsartikel etc. Die meisten dieser Ausfuhrartikel beschränken sich auf den Konsum der dort ansässigen Fremden; diese bilden mit 450—500 Seelen einen wirtschaftlich nicht unbedeutlichen Bruchtheil der nur etwa 35,000 Einwohner umfassenden Bevölkerung und bringen mittelst Steuern und Zölle fast allein die ca. 150,000 Mk. betragenden Staatseinnahmen auf. Von dem Handel der Samoa-Inseln, dessen Gesamtsumme 2 Millionen Mark wenig übersteigt, liegt die Ausfuhr ganz, die Einfuhr gut zur Hälfte in deutschen Händen. Dies ist eigentlich der wichtigste Gesichtspunkt, der für das wirtschaftliche Interesse Deutschlands in Betracht kommt.

Und um diese zwei Millionen möchten uns die Alldeutschen und Schreibblätter am liebsten in einen Krieg mit England und Amerika treiben. Die Sache wäre zum Lachen, wenn es nicht gar zu ernsthaft wäre.

**Vom Schicksal der Arbeit.** Ueber die tödtlich verlaufenen Unglücksfälle beim Bergwerksbetriebe in Preußen geben folgende Angaben Aufschluß: Mit der niedrigsten Berufungsziffer erscheint der Erzbergbau, bei welchem 64 971 Arbeiter beschäftigt wurden. Hier kamen 68 ums Leben oder 1,05 vom Tausend, d. i. je einer von 955 Mann gegen 70 Mann = 1,06 vom Tausend, d. i. je einer von 939 Mann, im Durchschnitt der Jahre 1888—97. Ein unglückliches Bild zeigt die Gewinnung anderer Mineralien (Mineralsalze und Steine). Hier endeten von 14 277 Arbeitern 23 durch Verunglückung, = 1,61 vom Tausend, d. i. je einer von 621 Mann, während im fraglichen Durchschnitt 22 Mann, = 1,83 vom Tausend, d. i. je einer von 546 Mann, getödtet wurden. Unter den Arten des Bergbaues steht die Braunkohlengewinnung mit der verhältnißmäßig höchsten Verunglückungsziffer oben an. Von den hier im Berichtsjahre beschäftigten 33 020 Arbeitern wurden 78 = 2,36 vom Tausend getödtet, d. i. je einer von 423 Mann gegen 58 = 2,01 vom Tausend, d. i. je einen von 499 Mann in dem betreffenden zehnjährigen Durchschnitt. Mit einer fast gleich hohen Ziffer folgt der Steinkohlenbergbau, bei welchem von 303 370 Arbeitern 714 = 2,35 vom Tausend verunglückten, d. i. je einer von 425 Mann, gegen 643 Mann = 2,52 vom Tausend, d. i. je einer von 396 Mann, welche in gleichem zehnjährigen Durchschnitt ums Leben kamen. In den unter Aufsicht der Bergbehörden stehenden Bergwerksbetriebe und Aufbereitungsanstalten Preußens waren 1897 im Ganzen 415 638 Arbeiter beschäftigt. Von diesen verunglückten tödtlich 883 = 2,12 vom Tausend, d. i. je einer von 471 Mann, während im zehnjährigen Durchschnitt 1888/97 jährlich 792 Mann = 2,20 vom Tausend, d. i. je einer von 456 Arbeitern ums Leben kamen. Also durchschnittlich jährlich 792 Mann fielen in Preußen ihren Tod in dem gefährlichen Berufe des Bergmanns! Ein Beweis, wieviel in Bezug auf Arbeiterschutz, Kon-

trole und weiteren Ausbau der bestehenden Sicherheitsvorkehrungen, Verkürzung der übermäßig langen Arbeitszeit, die den Arbeiter gegen die ihn umdrohenden Gefahren abkumpft, noch zu thun ist! Dabei bringt es die amtliche „Berliner Korr.“ fertig, die auf dem jüngsten Bergarbeiterkongress aufgestellten maßvollen Forderungen der Arbeiter als Aufstachelung der Begehrlichkeit und als Verhegung zu bezeichnen! Wenn das in den Organen des bergbauischen Großunternehmertums geschieht, so ist man an dergleichen gewöhnt. Wenn aber so etwas auf Kosten der Steuerzahler in einem amtlichen Organ geschrieben und gedruckt wird, so ist kein Wort der Entrüstung scharf genug, um diese Art „sozialpolitischer“ Politik gebührend zu beleuchten.

### Finland.

Die Russifizierung Finlands wird eine sehr unliebsame Rückwirkung auf den deutschen Handel haben. Bisher bildete das Großfürstenthum Finland ein eigenes Zollgebiet für sich und erhob von russischen Waaren ebenso gut Eingangszölle wie von den Erzeugnissen anderer Länder. Im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl ist der auswärtige Handel Finlands außerordentlich groß, zumal sein Zolltarif im Durchschnitt bedeutend niedriger ist als der russische. Deutschlands Einfuhr nach Finland betrug 1896 58,6 Millionen Mark (1 finnische Mark gleich 81 Pfg.), die russische 55,4 Millionen Mark, erst nach dem genannten Jahr wurde die deutsche Einfuhr von der russischen überholt. Nach dem jüngsten Konsularbericht betrug die deutsche Einfuhr im vergangenen Jahr 71 Millionen Mark und die russische 79 Millionen Mk. Diese Steigerung in der russischen Einfuhr ist durch die 1897 zu Gunsten Rußlands in Kraft getretene Ermäßigung des finländischen Zolltarifs begründet. Neben der allmählichen Aufhebung der russisch-finländischen Zolllinie strebt Rußland die Erhöhung des finländischen Tarifs dem Auslande gegenüber an. Es sollen die finländischen Zölle auf ausländische Waaren nach und nach so erhöht werden, daß sie bis spätestens 1905 den russischen völlig gleichgestellt sind. 1905 wäre demnach der Zeitpunkt für die gänzliche Durchführung der wirtschaftlichen Verschmelzung Finlands mit Rußland, und es dürften diese Maßnahmen die Einfuhr an deutschem Zucker, deutschen Mühlenfabrikaten u. s. w. fast gänzlich unterbinden.

### Amerika.

Wie thener die Amerikaner hinterdrein noch den Krieg mit Spanien bezahlen müssen, geht aus den nachstehenden Mittheilungen hervor: Zu den großen Goldforderungen der kubanischen Freischaren, welchen jetzt bereits 60 Millionen Mark bewilligt worden sind, kommen neuerdings Ansprüche einer Anmenge von Leuten, welche mit mehr oder minder Recht der Regierung lange Rechnungen machen. So hat die ganze 5. Kompanie des Illinois-Regiments Nr. 8 mit Ausnahme einiger weniger Leute Pension verlangt, weil die Leute, wie sie durch ärztliche Zeugnisse beweisen, infolge Fiebererkrankung in Kuba und deren Folgen für ihre früheren Beschäftigungen dienstuntauglich geworden sind. Die Pensionsforderungen ähnlicher Art belaufen sich jetzt auf über zweitausend! Und noch weit mehr werden folgen! Man rechnet schon jetzt auf etwa 25 000 Pensionsansprüche aus den Feldzügen in Kuba und auf den Philippinen.

## Sociales und Parteileben.

**Lohnbewegungen.** Die Maurer in Veltzen fordern zehnstündige Arbeitszeit und 40 Pfg. Stundenlohn. — Die Maurer in Würzen sind mit den Meistern in Differenzen gerathen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß es zu einem Streik kommt. — Die Nürnbergger Pasterer gehen (Töpfer) sind in den Streik eingetreten, nachdem alle gütlichen Versuche, die Meister zur Aufrechterhaltung der im vorigen Jahre vereinbarten Bedingungen zu bewegen, gescheitert sind. Auch die Nürnbergger Zimmerer be-

trübten der Verlassenen, muß hinaus in die Fremde, aus der so mancher schon nicht wiedergekehrt ist.“

„Weib bei uns“, fiel ein bewährter Freund aus Kiel ein, „es wird besser werden. Schon hat sich die Stimmung geändert. Die Vertrauensmänner in Kopenhagen haben nichts zu Stande gebracht; überall sieht man ein, daß uns die Dänen abermals betrogen haben, und selbst ein Theil der Mitterschaft ist auf dem Wege sich zu bekehren.“

„Rechnet doch nicht darauf, Mohren weiß zu waschen“, sagte Lornsen. „Die Privilegirten werden nie aufrichtig mit dem Volke gehen, nie vergessen, daß sie einst bessere Herren waren.“

„Wenn es wahr ist“, meinte ein anderer, „und es ist wahr, ich weiß es gewiß, daß man wenigstens schon im nächsten Jahre Provinzialstände einführen will, dann, Lornsen, ist der Anfang gemacht und niemals darf ein Mann wie Du, im Ständesaale stehen. Sie haben den Vort von Syllt abgelehnt, wir setzen ihn als Abgeordneten wieder ein. Dann öffnet sich Dir eine neue Laufbahn. Dort auf der Rednerbühne ist Deine Stelle, dort ist der Kampfplatz, auf dem Du Gerühmung und Vergeltung finden wirst.“

„Um abermals verlassen in den Kerker zu wandern und von Richtern, zu unser aller Schande verurtheilt zu werden“, sprach Lornsen mit Bitterkeit. „Nein“, fuhr er fort, „ich möchte ein mühsiger Zuschauer bleiben und kann es nicht, darum will ich gehen und an andern Völkern lernen, ob sie besser sind als wir. Meine Gesundheit haben Kerkerluft und Kummer untergraben. Ich habe wohl bemerkt, wie manches schöne Auge mitleidig um mein krankes Gesicht geweint hat“, sagte er lächelnd. „Nurzu rathen mir einen Aufenthalt in der Tropenzone an, eine weite Seereise nach Teneriffa oder dem südlichen Amerika, und ich bin müde, müde wie ein Jagdhund, der Tag und Nacht gehegt wurde; müde, das Walten langer Vernechtung hier mit eigenen Augen zu sehen; müde an Geduld; gesättigt von dem, was

ich erlebte. Ein brennendes Feuer ist in meinen Eingeweiden und nirgends ein Quell, der mir Labung böte.“

„Und es ist Dir kein Trost“, war die Antwort, „daß die Regierung gewinniger wurde, wenigstens beratende Stände zu versprechen? Hast Du sie nicht dazu bewegt? Liegt in der Wuth, mit der sie Dich verfolgte, nicht eine Anerkennung Deines Werthes und ist die Dankbarkeit, welche sich heute Deiner freut, nicht ein Zeichen, daß es besser werden wird?“

„Es ist möglich“, erwiderte Lornsen dunkler, „daß Du recht hast, aber ich habe die Hoffnung verloren. Politisch gebildet ist dies Volk nicht, es wird viele traurige Tage brauchen, ehe es zu der Kraft heranreift, gegen seine Unterdrücker aufzutreten. Ich glaubte es fähig durch das moralische Bewußtsein seines Rechts, sich einig und kräftig zu erheben, ich habe mich getäuscht. Laßt mich gehen, Freunde, ich passe nicht mehr zu Euch. Tretet Ihr jetzt an meine Stelle. Belehret den Volksgeist, ich habe die Bahn dazu gebrochen; kämpft im Ständesaal, kämpft durch Schrift und Wort, wie Ihr es vermaget, gegen Unrecht und Gewaltthat. Es ist ein langwieriger, mühevoller Weg und am Ende bleibt es dennoch wahr, was Hammerstein mir so oft wiederholt hat: Euer Recht, wenn auch sonnenklar, ist keinen Schilling werth, wenn Ihr nicht mit den Waffen in der Hand es beweisen könnt. Macht das Volk waffenfähig, schafft seiner Freiheit starke Arme und muthige Herzen, treibt ihm das Blödsinnige aus, das seiner Väter Erbtheil ist. Ich sage Euch, Ihr werdet von diesen Dänen und dem ideenlosen Absolutismus nichts gewinnen durch den Streik mit Worten, nur auf der Spitze des Schwertes ist Recht von ihnen zu erhalten.“

„Du siehst zu schwarz in die Zukunft“, sagte einer, während die anderen bedächtige Blicke auf Lornsen warfen. „Seht ihr wohl?“ sprach dieser, „daß es nichts mit uns ist. Mit Gewalt habt Ihr nichts zu schaffen, das

schlossen, in den Werkstätten, in denen der Lohn von 41 Pfg. nicht bezahlt wird, in den Streik einzutreten. Bewilligt haben bisher 25 Meister.“

**Zur Kontrolle der Unfallverhütungsvorschriften** auf den Baustellen in Berlin und Umgegend hat der kürzlich abgehaltene Bauarbeiterkongress die Errichtung eines besonderen Bureau's beschlossen, das jetzt eröffnet ist. Dort werden alle Unfälle gemeldet, ebenso Mißstände, die sich aus der Nichtbefolgung der Unfallverhütungsvorschriften ergeben. Eine Kommission ist damit beauftragt, um Behörden in geeigneten Fällen Anzeige zu machen. Das gesammelte Material soll feinerzelt bei Veranlassung eines Bauarbeiterkongresses im Parlament Verwendung finden.

**Die lebende ordentliche Generalversammlung** des Verbandes der Bäcker und Patisseriegenossen fand diese Woche in München statt. Vertreter waren die Städte Dortmund, Berlin, Dresden, Altona, Hamburg, Landshut, Essenbach, Mainz, Magdeburg, Chemnitz, Würzburg, Leipzig, Wilhelmshagen, Bergedorf, Lüneburg, Wandsbek und Bremen durch 25 Delegirte. Der Vorstand und Kassenbericht erstattete Altona an Hamburg; Zeit der letzten Generalversammlung sei in der Mitgliederzahl ein großer Aufschwung zu verzeichnen. Die Gesamtsumme der Verbandskasse betragen sich im Jahre 1898 auf 30 267,30 Mark, gegen 14 555,11 Mk. im Vorjahre. Erzwungen sei es, daß sich die Mehrzahl der Mitgliedschaften wie die Hauptkasse recht schnell wieder erholt haben vom Streik in Hamburg Altona, wo manche Mitgliedschaften ihre Kautionen zur Unterstüßung der Streikenden geopfert haben. Der Vorstand sei von der letzten, im vorigen Jahre abgehaltenen Generalversammlung beauftragt worden, mit den Monniumvereinen und den Genossenschaftsbäckerinnen in Rücksicht zu treten, um einen gewissen Druck auf jene Vademecumvereine ausüben zu können, die ihre Waaren an die Monniumvereine liefern und die betreffenden Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Bei dieser Gelegenheit habe sich erst gezeigt, von welcher großen Bedeutung die Monniumvereine für die Bäcker-Arbeiter sind. Von den etwa 100 Monniumvereinen in Deutschland sind nämlich über 400 vorhanden, bei denen Brod den Hauptartikel bildet. Zu bedenken sei, daß sich der größte Theil nicht veranlaßt gesehen habe, dem Vorstande auch nur zu antworten. Der Vorstand habe den Verhandlungen der Kollegen in Dänemark beigewohnt. Redner rühmt die vorzüglichen Einrichtungen der Organisation und schildert die Beobachtungen, die er auf dem Gebiete des Krankheitswesens gemacht hat; er habe in den dortigen Krankheitsstatistiken vergeblich nach der Krankheit gesucht, die in Deutschland unter den Kollegen einen so breiten Raum einnimmt, nämlich der Syphilis. Als er sich nach dem Grunde dieser Erscheinung erkundigte, sei ihm erwidert worden, daß mit dem Augenblicke, wo das Kost- und Logisweien beim Meister abgekauft wurde, auch diese Krankheit verschwinden sei. In seinen weiteren Ausführungen rühmt Redner, daß bei Ausnahme der vorjährigen Statistik die Fragebogen so mangelhaft eingeleitet sind. Mit dem Erlaß der Lohnbewegungen der letzten Jahre könne man zufrieden sein. Dem Bericht des Hauptvorstandes folgte eine lebhaft debattirte. Die Generalversammlung beschloß, um eine geordnete Buchführung zu bekommen, diejenigen Mitglieder, welche zwei Monate mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, auszuschließen, wenn sie nicht um Stundung nachsuchen. Den Zahlstellen wird empfohlen, dort, wo es die örtlichen Verhältnisse nothwendig machen, die Beiträge durch die Kassierer oder von bestellten Bezieckassierern einheben zu lassen und dem Kassierer dafür eine Entschädigung bis zu 10 Prozent aus den Einnahmen zu gewähren.

Dem Vorstande wurde für seine Thätigkeit einstimmig Decharge ertheilt.

Ueber den 3. Punkt der Tagesordnung: Lohnbewegungen und Streik im Verbands, referirte Kretschmar-Hamburg. Redner betonte, daß man sich auch in den früheren Generalversammlungen mit Lohnbewegungen und Streiks beschäftigte, dies waren jedoch nur theoretische Erörterungen und Wünsche. Im vorigen Jahre hatte aber der Verband selbständige Kämpfe zu bestehen und da habe er die Forderung abgeben können. Redner verbreitete sich nun ausführlich über die Geschichte des Hamburger Streiks. Fester Zusammenhalt sei mehr denn je nothwendig, denn der Hauptvorstand habe aus einer den verbündeten Regierungen nahe stehenden Quelle mit Sicherheit erfahren, daß man sich im Bundesrathe mit der Absicht trage, an Stelle der täglich zwölfstündigen Maximal-Arbeitszeit

Wort schon macht Euch bange und ohne Gewalt könnt Ihr nichts erreichen, weil ich das erkannt habe, darum will ich fort. Ich möchte mich nicht zum zweiten Mal einsperren lassen, auch wenn man mir dafür doppelt so viele Kränze brächte wie heute. Ihr werdet den Tag abwarten, bis der Tag kommt, wo man Euch alle zu Dänen machen wird. Ich habe diesen Tag nicht kommen lassen wollen. Man wird Euch langsam daran vorbereiten, wird Schleswig von Holstein trennen, wird tausend Mittel und Kräfte einsetzen, um Euch zu fesseln und zu betheiligen, endlich aber wird man doch mit Gewalt zusassen, und Euer sonnenklares Recht, auf welches Ihr pocht, wird Hohngeklächter erregen.“

„Wir werden uns auf Deutschland stützen“, antwortete ein anderer, „auf den deutschen Bund.“

„Stützt Euch auf das deutsche Volk“, gab Lornsen zur Antwort, „das allein kann Euch helfen und wird Euch helfen, das heißt“, fügte er mit finsternem Ausdruck hinzu, „wenn es jemals dahin kommt, daß es ein deutsches Volk auf Erden giebt. Die Fürsten werden es nicht dazu kommen lassen, und so lange Diplomaten über die Schicksale der Völker entscheiden, habt Ihr nichts von Deutschland zu hoffen. Mit dem deutschen Volke aber müßt ihr gehen, Euch als Deutsche fühlen und empfinden, und so lange Ihr keine Dänen sein wollt, wird all ihr Drohen und Wüthen Euch nicht dazu machen können.“

„Du sprichst wie einer, der nicht mehr zu uns gehört“, sagte ein betrübter Freund.

„Ob ich zu Euch gehöre!“ rief Lornsen mit Heftigkeit. „Bis an meinen letzten Tag werde ich nie aufhören ein Deutscher und ein Frieze zu sein; bis zu meiner letzten Stunde werde ich Recht und Ehre heilig halten, mein letzter Seufzer wird mein Vaterland segnen.“

(Fortsetzung folgt.)

Die wöchentliche 84 stündige Arbeitszeit zu setzen. Man muß also den Bäcker-Arbeitern zu, noch länger zu arbeiten. Es muß abgezwungen werden, ob es die Regierung fertig bringen, den wüthigen Arbeiterschuß so zu verwickeln, daß nichts mehr davon übrig bleibt. Den Ausführungen des Referenten folgte eine lebhafteste Debatte. Ein von der Mitgliedschaft der Grobbäcker in Hamburg gestellter Antrag, im Falle der Verschlechterung des Maximal-Arbeitslages den Generalstreik zu proklamieren, wurde, nachdem mehrere Delegirte dagegen gesprochen und der Vertreter der Generalkommission, H. S. L., sich energisch dagegen gewandt hatte, zurückgezogen. Die Generalversammlung sprach den Hamburger Kollegen für ihr mannhaftes Eintreten anlässlich der vorjährigen Lohnbewegung ihre Anerkennung und der Arbeiterschaft Deutschlands und den Kollegen Dänemarks für die thätigste finanzielle Unterstützung ihren Dank aus. Die Generalversammlung fasste sodann folgende, an den Bundesrath zu richtende Resolution: „Die Generalversammlung des Verbandes deutscher Bäcker und verwandter Berufsgenossen spricht ihr lebhaftes Bedauern aus, daß jetzt nach nahezu dreijährigem Bestehen des Maximalarbeitslages die verbündeten Regierungen planen, diese in einer gefahrvollen sozialpolitischen Entwicklung durchaus notwendige Arbeiterschutzgesetzgebung in einer Art und Weise abzumändern, daß man von einem Arbeiterschutz der Bäcker-Arbeiter überhaupt nicht mehr reden kann und erhebt einmüthig gegen eine derartige Verschlechterung des Gesetzes energisches Protest.“

Die Generalversammlung wollte beschließen, ferner dem Bundesrath folgende Abänderung des § 120c Artikel 1 Absatz 1 zu unterbreiten: „Die Arbeitszeit jedes Geschlechts darf innerhalb 24 Stunden die Dauer von 12 Stunden oder, falls die Arbeit durch eine Pause von mindestens einer Stunde unterbrochen wird, einschließlich dieser Pause die Dauer von 13 Stunden nicht überschreiten. Die Geschlechts dürfen zu gelegentlichen Dienstleistungen nur dann herangezogen werden, wenn ihre Arbeitszeit die Dauer von 12 Stunden, einschließlich der Pause von einer Stunde, 13 Stunden nicht überschreitet.“

**Bauarbeiterstreik in Karlsbad.** Am 1. Januar stellten die Karlsbader Bauarbeiter Lohnforderungen und überreichten ein diesbezügliches Memorandum an sämtliche Baumeister Westböhmens. Diese Herren schlugen jedoch die Forderungen der Arbeiter rüchweg ab, worauf am 12. März in einer eifrig stark besuchten Versammlung der Bauarbeiter beschlossen wurde, die Forderungen zurückzuziehen. Die „deutschen“ Baumeister, ermittelte dadurch, daß die Arbeiterschaft nicht in den Streik trat, glaubten nun, den arbeitenden „deutschen Volksgenossen“ nennlich eine schallende Ohrfeige verlesen zu können, und traten Tags darauf am 13. März mit einer „Arbeitsordnung“ auf, die von allen Arbeitern zum Zeichen des Einverständnisses unter Abgabe des Arbeitsbuches unterschrieben werden sollte. Auf den größeren Bantzen setzten die Arbeiter energischen Widerstand entgegen, worauf von den Baumeistern Walbert und Heller diejenigen die vierzehntägige Kündigung erhielten, welche die „Arbeitsordnung“ nicht unterschrieben. Die Kündigungsfrist war am Sonntag, den 8. d. M., nun abgelaufen, und erklärten sich sämtliche Bauarbeiter Karlsbads und Umgebung solidarisches und verpflichteten sich, nur dann am 10. d. M. (Montag) die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn die Arbeitsordnung unter Verzeichnung des Geschäftsausschusses abgeändert wird. Von den Baumeistern erfolgte keinerlei Antwort. Die Bauarbeiter beschloffen daher in mehreren großen Versammlungen, an den gestellten Forderungen fest zuhalten. Wie verlautet, wollten die Baumeister alle Arbeiter, die die Arbeitsordnung nicht anerkennen und zur Arbeit nicht sofort zurückkehren, aussperren. Man kam sich unter solchen Umständen auf einen längeren Kampf gefaßt machen, denn die Streikenden werden sich auch durch hiesigen Schreckschuß nicht einschüchtern lassen. Das „W. T. B.“ meldet über den weiteren Verlauf der Bewegung intern 13. April: Nachdem vorgestern in Karlsbad eine Anzahl Bauarbeiter die Arbeit niedergelegt hatte, hat sich, wie die Mäntel melden, der Streik zu einem vollständigen Ausstand entwickelt. Der Bezirkshauptmann verbot Zusammenkünfte und Anzüge. Mehrere Zusammenkünfte von Arbeitern wurden durch die Gensdarmen zerstreut. Am Laufe des gestrigen Tages wurden drei Personen verhaftet. Auf Ansuchen der Behörden ist aus Eger ein Bataillon Infanterie eingetroffen. Bisher sind keine Ruheführungen vorgekommen.

**Zur Lebenshaltung der oberösterreichischen Arbeiter** liefert der hier abgedruckte Brief eine treffliche Illustration: J. Nr. 727. Epine, 22. I. 1899.

**Au den Invaliden Franz Brzobilski, Martinschacht.** Ihrem Unterstützungsgesuch vom 17. d. M. kann hiesfalls keine Folge gegeben werden, weil die aus der Pensionstafel und aus der Invaliditätsversicherung Ihnen zustehenden Beträge von 34,70 Mk. monatlich zum nothdürftigen Unterhalt von drei Personen als ausreichend erachtet werden müssen. Schlei. Alt.-Ges. f. Berg. u. Hütten-Bez. Remy.

3470 Mk. monatlich ist genug für eine dreiköpfige Familie, so denkt man „hiesfalls“ über die Erhaltung einer Arbeiterfamilie; mit 38 oder 39 Pf. soll täglich ein Arbeiter die Kosten von Nahrung, Wohnung und Kleidung bestreiten. Herr Remy hat übrigens in thatsächlicher Beziehung recht. Hunderte und Tausende von Angehörigen oberösterreichischer Arbeiterfamilien leben wie Brzobilski; anderen Hunderten und Tausenden ergoht es noch ärger, nicht jeder ist so glücklich, Renten aus Pensionstafeln und Invaliditätsversicherungsanstalten zu erhalten. — Armes Oberösterreich!

## Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** 201 Betriebsunfälle sind auf deutschen Eisenbahnen ausschließlich Bayerns im Februar d. J. vorgekommen, und zwar 27 Entgleisungen, 8 Zusammenstöße, 166 sonstige Unfälle. Hierbei wurden 61 Personen getödtet (2 Reisende, 40 Bahnbedienstete, 19 fremde Personen) und 114 Personen verletzt (11 Reisende, 86 Bahnbedienstete, 17 fremde Personen). — Zu einer wüthigen Schlägerei zwischen Soldaten des 158. Infanterie-Regiments und solchen des Infanterie-Regim. Nikolaus II. kam es am Sonntag in einem Lokale zu Paderborn. Eine Militärpatrouille mußte die Kämpfenden gewaltfam auseinander treiben und nahm mehrere Verhaftungen vor. Das betreffende Lokal ward um 9 Uhr

abends geschlossen und ein Doppelposten vor demselben aufgestellt. Trotzdem pflanzte sich der Streit in einem anderen Lokale weiter fort, und es kam hier abermals zu einer Schlägerei, an welcher sich Soldaten und Civilisten theilnahmen. Der Handelsmann Jung in Volzheim bei Koblenz gerieth mit seiner Ehefrau wegen Eifersucht in Wortwechsel und tödtete sie durch einen Messerstich. Jung wurde verhaftet. Wenn noch unersorgene Minder fallen der dortigen Gemeinde zur Last. Während des letzten heiligen Turniers ging an der Küste von Cornwall fast eine ganze Flottille von Fischerbooten aus Looeestoff zu Grunde. Der dadurch entstandene Verlust beziffert sich auf 200000 Pfd. Sterling. Zeit einem halben Jahrhundert hat ein solches Unheil die Fischerzeit von Looeestoff nicht betroffen. Aus Zürich, nicht fern von Kössen, beging in einem Dorfe bei Teringen ein 39 Jahre alter Weib Selbstmord. Er begab sich um Mitternacht nach der nahen Eisenbahn und ließ sich vom Zuge überfahren. Der Lebensmüde wurde bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Ein Schenkling dazu wird aus Courbevoie bei Paris gemeldet. Dort erhängte sich ein 98 Jahre alter Rentier Namens Johann Grumbach am Auenberg, weil er nicht 100 Jahre alt werden wollte. Ein Sargstein hat sich in New York mit einem Capital von 20 Millionen Dollars gebildet. Diese Verbindung wird die Schließung der meisten Sargfabriken in den Vereinigten Staaten zur Folge haben, wodurch mindestens 6000 Arbeiter beschäftigungslos werden.

In Amerika herrscht völliger Winter. In Wyoming, Wyoming, ist kürzlich ein Zug der Cheyenne und Northern Bahn mit einer Verpaltung von nicht weniger als einem Monat ... eingetroffen. Er war bei einer Zwischenstation am Aron Mountain im Schnee und Eis stecken geblieben und hatte selbst mit Hilfe der größten Rotations-Schneepflüge nicht „begeißt“ werden können. Die Passagiere, 42 an der Zahl, darunter ein Dutzend Damen, blieben einen Monat lang Gefangene in der wilden, unwirthlichen Gegend, und es wäre ihnen wohl nicht ergangen, wenn nicht einige große Viehzüchter in der Nähe des Aron Mountain die von aller Welt Abgekehrten mit Nahrung versorgt hätten.

**Mordprozess Gutmann.** Vor dem Schwurgericht des Landgerichts Berlin I begannen Donnerstag die Verhandlungen gegen den der Ermordung der Prostituirten Vertha Zinger geb. Brach beschuldigten Schneider Hugo Gutmann. Ueber den Mord selbst ist i. Z. berichtet worden. Die Zinger geb. Brach bewohnte in der Trautentrasse 80 ein vorn 1 Treppen hoch gelegenes Zimmer, welches sie von dem Schneider Adolphschen Eheleuten abgemiethet hatte. Am 5. Juni, Morgens zwischen 6 1/2 und 7 Uhr, fanden die Adolphschen Eheleute die Zinger todt in ihrem Zimmer, mit einer tiefen Schnittwunde am Hals. Alle Gegenstände waren mit Blut bedeckt, sämtliche Näher der Kammer von dem Mörder durchwühlt, und alle Schlüssel der Zinger fehlten; diese hatte allem Anschein nach der Mörder mit sich genommen, um aus dem Hause heraus zu kommen. Der Mord muß nach den Berechnungen der Anklagebehörde zwischen 2 und 3 Uhr Nachts vollführt sein; um diese Zeit hat ein der Mordstätte gegenüber wohnender Junge einen martererschütternden Schrei gehört. Die Zinger hat einem Manne noch kurz vor ihrem Tode von ihrem „Liebsten“ erzählt und bemerkt, daß sie sich vor ihm fürchte, da sie bereits mehrfach von ihm bedröht worden sei, und auch einen Drohbrieff gezeigt. Die Zinger war nun in den Berliner Jahälter und Timmenterien als Demonymantin bekannt, und es liegt die Annahme nahe, daß der Mord von einem „Liebsten“ verübt worden sei, der sich vor einer Strafanzeige von ihr fürchte. Der Drohbrieff hat sich im Portemonnaie nicht mehr vorgefunden, die Mitspieler an den Seitentischen des Portemonnaies denken daran hin, daß der Mörder ihn den Drohbrieff entnommen hat. Die Nachforschungen der Polizei, die sofort 1000 Mk. Belohnung für die Entdeckung des Thäters aussetzte, richteten sich insbesondere auf die Ermittlung eines früheren Inhabers der Ermordeten, von welchem nur der Vorname „Hugo“ bekannt war. Es war bekannt geworden, daß die Zinger zu ihren Bekannten in letzter Zeit häufig von „ihrem Hugo“ gesprochen hatte, sie hat von ihm noch kurze Zeit vor ihrem Tode Besuche erhalten, mit ihm Briefe gewechselt u. s. w. Der Angeklagte war in vielen Maskellappen Berlins als „Hugo“ oder „Schneider-Hugo“ bekannt; man hat ihn vielfach dort mit der Zinger gesehen, und auch kurz vor oder nach der Mordthat ist vor dem Hause der Ermordeten ein Mann gesehen worden, dessen Personalbeschreibung im Allgemeinen auf den Angeklagten paßt. Außerdem wird der Verdacht gegen ihn wesentlich bestärkt durch einen am Thatorte vorgefundenen beschriebenen Zettel und durch ein bei der Polizeibehörde eingegangenes anonymes Schreiben, in welchem Dinge mitgetheilt werden, die nur der Mörder wissen konnte. Die Schriftzüge sowohl auf dem Zettel als auch in dem anonymen Schreiben sollen auffallende Aehnlichkeit mit der Schrift des Angeklagten haben. Gutmann bestreitet seine Schuld und hat bisher abgelenget, mit der Zinger näher bekannt gewesen zu sein.

**Empfindliche Justiz in Dresden.** Aus München wird mitgetheilt, daß jetzt die Märznummer des „Südb. Postillon“ auf Antrag des sächsischen Justizministeriums wegen Beleidigung des Dresdener Schwurgerichts konfiscirt worden ist. Die Beleidigung soll in dem Gedicht „Das Dresdener Zuchthaus-Urtheil“ enthalten sein und auch der Brief Webermairers aus Sachsen soll das Gericht beleidigt haben. Die Beilage ist freigegeben. Redakteur und Verleger haben Vorladungen erhalten. — Der sächsische Justizminister würde sich im groben Freethum befinden, wenn er glaubte, die Kritik an dem Dresdener Urtheil durch die öffentliche Meinung Deutschlands könne dadurch milder erscheinen, daß einige Kritiker des Urtheils auf die Anklageban sgebracht werden.

**Ein Neugieriger.** In der „Volks-Zeitung“ erließ ein Maschinenfabrikant Wegener in Salzwedel vor einigen Tagen folgende Annonce: „Stellmacher auf Maschinenbau. Verheirathete, welche Lebensstellung suchen, wollen sich melden.“ Als ein Stellmacher sich darauf unter Darlegung seiner Fähigkeiten schriftlich um die Stelle bewarb, erhielt er ein hektographirtes Formular zugesandt, auf dem in klassischem Deutsch folgende Fragen verzeichnet standen: Bezugsnehmend Ihrer Anfrage eruche Sie, folgende Fragen zu beantworten: Wo sind Sie geboren? Wann?

Wie groß? Wie schwer? Waren Sie Soldat? Welche Religion? Verheirathet? eventuell wie viele Kinder haben Sie? Wo haben Sie die letzten beiden Jahre gearbeitet und von wann bis wann? und auf was? Wie viel Vermögen mit dem Ihrer Frau wenn verheirathet besitzen Sie? Erlaube Sie Arbeitseinstellungen evtl. auch Photographie beizubringen, welche im nicht convalescierenden Fall umgehend zurücksende. Was die Religion, die Schwere und der Militärstand des Stellmachers, sowie das etwa vorhandene Vermögen seiner Frau mit dem Arbeitsverhältnis zu thun hat, wird vielen Leuten und vielleicht sogar Herrn Wegener selber ein Geheimniß sein.

**Ein nettes ständchen Feudalismus** berichtet die „Offenbacher Zeitung“. Mit dem Tode des Fürsten Karl von Hessen-Birkefeld, so schreibt dieses Blatt, ist eine Bestimmung des Gesetzes vom 18. Juli 1858 über die Rechte der Standesherrn wieder in Kraft getreten, wonach beim Ableben eines Standesherrn, seiner Frau oder seines Erben auf die Dauer von vierzehn Tagen alle öffentlichen Unschicklichkeiten im Bereiche der Standesherrschaft unterbleiben. Ferner ist während der gleichen Zeitdauer täglich Trauergelächte angeordnet. Der unachtbarte Fürst Leopold von Hessen hat jedoch gewünscht, daß die Trauer „nur“ acht Tage ausgedehnt werde, und darum haben für die Zeit vom 9. bis 15. April alle Veranstaltungen, die als öffentliche Lustbarkeiten anzufassen sind, zu unterbleiben. Die Anwendung dieses Gesetzes, das im Publikum fast ganz unbekannt ist, störte das Sonntagsergnügen erheblich, da die geplanten Veranstaltungen erst am Sonntag unterlagert wurden, das Unterbleiben also nicht mehr zur Kenntniß des Publikums gebracht werden konnte. Man sieht, wir stehen am Ende des neunzehnten Jahrhunderts, im Zeitalter der Elektrizität, des Heftelstübigen Gewebes und der Friedenskonferenzen noch immer tief im Mittelalter. Allen Mediatifikationen zum Trotz haben sich die ehemaligen Reichsunmittelbaren immer noch ein hübsches Zümmchen Privilegien zu wahren gewußt. Es muß doch ein erhebendes Bewußtsein für einen „hochgeehrten“ Mann sein, daß er noch, nachdem er gestorben ist, seine ehemaligen „Unterthanen“ auf „nur“ acht Tage zum „Trauern“ zu zwingen vermag.

## Darstellung.

Im Monat März gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:  
Augsburg, N. d. G. N. i. Z. 20, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 100, 3. Kreis 550, 4. Kreis (Sten.) 1500, 5. Kreis Moabit 150, 6. Kreis Wedding und Dramenburger Vorstadt 1500, 6. Kreis Schönehauser Vorstadt 800, 6. Kreis Rosenhaller Vorstadt und Gendarmen 600, Berlin, diverse Beiträge: fünf Gutmacher, Königl. 25, 5, Arbeiter von E. Levin u. Söhne, Mitterstraße, 4, Dr. L. N. 50, L. und H. B. 10, Von Lederarbeitern durch ihren Vertrauensmann N. 45, 84, Cigarrenfabrik N. Schulte, Friedrichsfelderstr. 21, 5, J. S. 50, N. K. 100 17, 50, Uebersehung von der Kranzpende, Grünauerstraße 2, durch H. 7, Märzfranz, Berliner Tanzlehrer 7, 50, Rothe Buchbinder, Grünstraße 5, P. S. 50, N. B. 50, Arbeiter von Schuster und Vär 14, Organisirte Bauarbeiter 25, Ernst, Voedtsstraße 1, „Gutenberg“ 100, Von den Verbandsmittgliedern der W.ichen Buchdrucker 30, G. 50, Gesammelt v. Droschkentüschern Halteplatz Straßburgerstr. 4, Gäste von Müller, Weinberg 1, 50, Von Mitgliebern der N. Dr. 3, 15, Von den Mitgl. der Gewerkschaft d. Buchdrucker u. im „Vorwärts“ 10, Von Mitgl. d. Verbandes Deutscher Buchdrucker im „Vorwärts“ 150, Veruburg 10, Barnen, d. d. Bertr. 200, Borne v. Magdeb., von Parteigenossen durch Krugberg 6, Bern 50, Bremen, von Parteigenossen 300, Buzichube, von den Allen durch Weber 5, 30, Bamberg, Jäcklein Mohrbach 5, Cottbus Spremberg, Wahlkreis 100, Christiania, Vorwärts! 50, Dortmund, Bier- u. Cigarrenprocente v. Personal der „Meyn. Westf. Btg.“ 20, Dölan a. Elster, Ueberich, v. Sp. b. Scharnhundt 2, 10, Erfurt, Wahlkr. Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück 50, Falkenberg (Ober-Schlesien) 2, Freiburg i. Schl., von den Parteigenossen d. N. B. 20, Frankenhäuser a. N., d. J. B. 32, 55, Frankfurt, v. Bertr. 25, Greiz, Wahlkr. Neuß a. L. 50, Gera, Wahlkr. Neuß j. L. 50, Gießen, G. N. 10, Großsch., v. d. Arbeiterschaft durch d. Vertrauensmann 111, 20, Halle a. S., Parteigenossen Halle-Saalkreis 200, Haffeld bei Bremen 10, Hildesheim, d. Chr. D. 35, Hamburg, i. d. Expedition des „Echo“ eingegangen 91, 60, Hamburg, Cigarrenfabrik von Otto, St. Pauli 20, Jena, 3. Weimarscher Wahlkr., 1. Quartal 30, Köln a. Rh., durch den Bertr. Köln-Stadt, 1. Halbjahr 1898-99 80, Leipzig, 12 und 13. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 2000, Lidenstehd, durch den Vertrauensmann 100, Luxemburg, L. 400, Ludwigshafen a. Rh., von Parteigenossen 50, München, Waldläufer 5, Mainz, von Parteigenossen 100, Marten bei Dortmund, d. G. 4, 91, Mannheim, von den Parteigenossen 100, Reudieb, Liquidation 54, 85, Rehschan, Stummische Kaufmann Gasthaus Bayerischer Hof 3, Ottenjen, durch Poulsen 14, Rate 10, Offenbach, v. B., vom alten Bohnenburger 26, 10, Offenbach-Dieburg, Wahlkreis 400, Pforzheim von Parteigenossen 20, Paris, von Parteigenossen 40, Quedlinburg, von den Parteigenossen d. N. Tr. 25, Ronsdorf, durch den Bertr. 10, Stuttgart, G. N. 10, Stadhagen, von den Parteigenossen 20, Schönebeck a. E., v. d. Parteigenossen 30, Württemberg 50, Witten i. S., v. d. Parteigenossen 50, Weisenseis, durch N. 50, Winterdorf, amerikanische Auktion bei Scheer 1, 71.

Für den Unterstützungsfonds nach Schluß der Votauer Sammlung 12 629, 32 Mk. Berlin SW., den 10. April 1899.

Für den Parteivorstand:  
A. Gerisch, Raghaststr. 9.

Steen-Gans-Bismarck.  
Hamburg, 14. April.

Der Schweinehandel vertiefte sein. Zugeführt wurden 1800 Stück. Preise: Versandtschweine, schwere 45-47 Mk., leichte 46-47 Mk., Saugen 40-43 Mk. und Ferkel 44-45 Mk. pr. 100 Pfd.

# Ringe

reizende Neuheiten.

Silberne Ringe von 80 Pfg. an.  
Doubler-Ringe von 1.00 Mk. an.  
Goldene Ringe von 2.50 Mk. an.

## Goldene Trauringe

nur moderne Facons, in allen Größen stets vorräthig

## Uhrketten

große und schöne Auswahl  
in Gold, Silber, Doublet und Platel.

Doppel-Uhren von 7 Mk. an  
Silberne Herren-Uhren  
(Montreux), von 12 Mk. an

Silberne Damen-Uhren  
von 12 Mk. an.

Pa. silb. Damen-Uhren  
(8 Steine), von 15 Mk. an.

Goldene Damen-Uhren  
(8 Steine), von 22 Mk. an.

## Aug. Büttner

Uhrmacher,

32 Hülfstraße 32.

## Bettfedern Daunen

nur neue Waare, pr. Pfd. von 38 Pfg. an.

Lieferung von compl. Betten  
schon zu Mk. 13.00.

(Der große Umsatz in dem Artikel bürgt für meine  
Leistungsfähigkeit.)

Lübeck. Otto Albers, Hofmarkt 10  
u. Markt 4.  
Barverkauf.

## Paul Rehder's Möbel-, Spiegel- und Polsterwaarenlager.

Selbstverfertigte Möbel,  
reell und dauerhaft gearbeitet,  
zu billigen Preisen.

Hundertwasser 13.

## Werkzeuge

garantirt gute Qualität  
für Zimmerer, Tischler, Maurer,  
Töpfer, Schlosser, Schmiede, Stein-  
macher, Böttcher empfiehlt

J. F. B. Grube  
Inh. Rud. Möller.

## Speise-Halle Hansa

Mengstraße 24, I.  
Großer Mittagstisch von 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—2 Uhr.

à Person 40 und 50 Pfg.  
Abendessen von 6—9 Uhr.  
à Person 30 und 40 Pfg.

## Lübecker Loose

1. Klasse  
Ziehung 20. April.

1/2 à Mk. 4.—, 1/4 à Mk. 2.—,  
1/8 à Mk. 1.—  
offerirt und versendet auch nach  
auswärts

Paul Würzburg  
Markt 14. Lübeck.

## Das Lagerhaus u. Expeditions-Geschäft Fischergrube 52

empfehl ich zum Lagern und Nachsenden  
aller Gegenstände prompt u. billig.

Überzeugen Sie sich, dass meine  
Deutschland-Fahrräder  
u. Zubehörtheile  
die besten und dabei  
die allerbilligsten sind.  
Wiederverkäufer gewicht.  
Haupt-Katalog gratis & franco.  
August Stukenbrok, Einbeck  
Deutschlands größtes  
Special-Fahrrad-Versand-Haus.

## Karl Willenbrock's Möbel-Magazin

Marlesgrube 9  
empfehl ich gut gearbeitete  
Möbel, Spiegel- und Polster-Waaren  
zu soliden Preisen.

## Folkers' Möbel-Magazin

25 Marlesgrube 25  
empfehl ich  
gut gearbeitete Möbel, Spiegel und  
Polsterwaaren, vom einfachsten bis zum  
elegantesten, zu billigen Preisen.

## Gelehrts-Nebernahme.

Einem geehrten Publikum die ergebene An-  
zeige, daß ich das  
Herings- u. Fettwaaren-Geschäft  
Düstere Querstraße 13  
früher H. Klenz, übernommen habe. Es wird  
mein Bestreben sein, durch gute Waare und solide  
Preise mir die Gunst des geehrten Publikums zu  
erwerben.  
Ergebenst  
C. Stender.

## Feinste Berger Flohm-Heringe

Stück 5, 8, 10 bis 20 Pfg.  
Butter, Käse, Margarine etc.  
Marinierte Heringe, Rostmops.  
C. Stender vorm. H. Klenz,  
Düstere Querstraße 13.

Neueste Erfindung auf dem Gebiete der Margarine-Fabrikation.  
Bernegau's

## Vitello-

Deutsches Reichs-  
Alleinige



## Margarine

Patent Nr. 97057.

Fabrikanten:

## Van den Bergh's Margarine-Gesellschaft

m. b. H., Cleve (Rheinl.)

Vitello

ist der beste Ersatz für schlechte Naturbutter, im Ansehen und Geschmack von  
besser Naturbutter kaum zu unterscheiden, schmilzt ohne zu spritzen klar ab,  
braunt wie Naturbutter.

Vitello

ist aus den besten Fetten in Verbindung mit Milch, Sahne und Eiweiß her-  
gestellt und verbindet mit vollkommener Butterähnlichkeit einen sehr hohen  
Nährwerth, daher sie in keinem Haushalte fehlen sollte.

Vitello

weicht sowohl durch seine treffliche Zusammensetzung als durch deren physikalische  
Eigenschaften vortheilhafter von den handelsüblichen Margarine-Fabrikaten ab  
eignet sich für die Feinbäckerei hervorragend gut, das Gebäck ist von außer-  
ordentlich angenehmem Geruch und Geschmack, mürbe und festig.

Vitello

Man verlange beim Einkauf ausdrücklich:

Van den Bergh's „Vitello“.

Vertreter: Johs. Klüssmann, Lübeck, Neckergrube 70.

## Cigarren

in vorzüglicher Qualität  
empfehl ich  
Hugo Schwarz, Fadenbg. Allee 1.

## Lunge u. Hals

Kräuter-Thee, Russ. Knötchen (Polygonum av.) ist ein vorzügl. Hausmittel bei allen Erkrankungen d. Luftwege  
Dieser durch seine wirksamen Eigenschaften bekannte Kraut gedeiht in einzelnen Districten Russlands, wo es eine Höhe bis  
zu 1 Mt. erreicht, nicht zu verwechseln m. d. in Deutschland wachsende Knötchen. Wer daher an Phthisis, Lufttrübun-  
(Bronchitis)-Krankheit, Lungenschmerzen-Affektionen, Kehlkopfentzündung, Asthma, Athemnoth, Brustbeulen-  
nung, Husten, Heiserkeit, Bluthusten etc. etc. leidet, namentl. aber derartige, welche d. Keim d. Lungenschwerm-  
schiz in sich vermulen, verlange u. benutze als d. Abend das Kräuterthee, wach. acht in Packeten à 1 Mark b. Ernst  
Waldemann, Liebenburg a. Harz, erhältlich ist. Pro obura m. Arzt. Anweisungen u. Attestes gratis.

## Städtisches Brauhaus

Schwerin i. M.

empfehl ich Ihre genau nach dem bayerischen Braugesetz gebrauten, ausschließlich aus:  
Prima Malz, feinstem Hopfen, Tiefbrunnenwasser und Reinheit  
hergestellten

## Lager- und Pilsener Biere.

Unsere Biere sind in Flaschen fast überall erhältlich.  
Bestellungen für Lübeck und Umgegend erbeten an unsere Niederlage:  
Fleischhauerstr. 68. Fernsprecher 573.

## Zoologischer Garten, Lübeck

G. m. b. H.

Heute Sonntag: Großes Concert.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pfg. Kinder 15 Pfg.

Jahreskarten: Familie mit Kindern 12 Mk., Ehepaar 6 Mk., einzelne Person 4 Mk.,  
Kinder 2 Mk., Diensthofen 2 Mk.

## Neu-Lauerhof. Grosses Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr. Ende 12 Uhr. Entree frei.

## Concert-Haus „Flora“

Jeden Sonntag:  
Tanzkränzchen.  
Ende 12 Uhr. F. Grammerstorf.

## Central-Hallen. Jeden Sonntag: Gr. Tanz

in beiden Sälen. Eintritt frei.

## Folkers' Möbel-Magazin

25 Marlesgrube 25  
empfehl ich  
gut gearbeitete Möbel, Spiegel und  
Polsterwaaren, vom einfachsten bis zum  
elegantesten, zu billigen Preisen.

## Karl Willenbrock's Möbel-Magazin

Marlesgrube 9  
empfehl ich gut gearbeitete  
Möbel, Spiegel- und Polster-Waaren  
zu soliden Preisen.

## Gesellschaftshaus Adlershorst.

Heute Sonntag:

## Tanzkränzchen.

## Einsegel.

Sonntag den 16. April:

## Gr. Tanzmusik.

Eintritt frei.  
Electriche Beleuchtung.  
Chr. Koch.

## Friedrich-Franz-Halle

Morgen Sonntag:

## Tanzkränzchen

L. Lübke.

## Wakenitz-Bellevue.

Morgen Sonntag:

## Tanzkränzchen.

W. Kruse.

## Stebr's Etablissement.

Heute Sonntag:

## Grosse Tanz-Musik.

## Elysium.

Jeden Sonntag:

## Tanzkränzchen.

Ergebenst H. Havemann.

## Louisenlust.

Sonntag den 16. April

## Große Tanz-Musik.

H. Claudius.

## Zur neuen Lohmühle.

Sonntag:

## Tanzkränzchen.

Eintritt frei. Tanz frei.

## COLOSSEUM

Heute Sonntag:

## Große freie Tanzmusik.

Anfang 4 Uhr.  
W. Dastler.

## Vereinshaus.

Heute Sonntag von 6 Uhr:

## Unterhaltungs-Musik.

Einladung zum

## Ball

des  
Gesangzirkels d. Zimmerer  
verbunden mit Gesangsvorträgen  
am Sonntag den 16. April 1899  
im Concordia-Garten.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Entree: Herren 50 Pfg., Damen frei.  
Das Comité.

## TIVOLI.

Sonntag den 16. April 1899:  
Große  
Ensemble-Gastspiel-Vorstellung.  
Zum ersten Male:

## Lustige Fahrten

oder  
Ein moderner Casanova.  
Poffe in 8 Abtheilungen.  
Vorher:

## Er muß taub sein.

Schwank in einem Aufzuge nach Moirang.  
Ausführliches Programm an der Kasse.  
Breite der Plätze:  
Loge Mk. 1.20, Parquet (nummerirt) 75 Pfg.,  
1. Platz 60 Pfg., Barriere 50 Pfg., Balkon 40 Pfg.  
Billetverkauf im „Tivoli“ Sonntag Morgen  
von 11 Uhr an.

Kassenschließung 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Anfang 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.  
Sämtliche in Lübeck.